

# Finanzkrise wird zur Weltwirtschaftskrise

Der Lehman-Crash löste nach dem 15. September 2008 weltweit hektische Rettungsversuche der Finanzmärkte aus. Dennoch wird die Finanzkrise zur Weltwirtschaftskrise II / Ein 2. Krisen-Blog \*

**BERLIN** – 10.11.2008 (khd). Nach 8 Wochen Finanzkrise und beginnender Weltwirtschaftskrise II wird das fehlerhafte Handeln der Politik immer deutlicher. Philosoph Jürgen Habermas hat völlig recht, wenn er sagt [05], daß ausschließlich der Politik das „Zwangsrecht des demokratischen Gesetzgebers“ zustehe. Natürlich wäre es Aufgabe der Gesetzgeber allerorten gewesen, dem unverantwortlichen Treiben der gesamten Finanzbranche durch eine bessere Regulierung und Kontrolle Einhalt zu gebieten. Es ist aber nicht geschehen, obwohl die ersten Anzeichen der Krise schon vor geraumer Zeit zu beobachten waren. Und so wird es nicht reichen, auf dem Weltfinanzgipfel am 15. November nur ‚das Feuer zu löschen‘. Die regulatorischen Veräumnisse müssen in Angriff genommen werden.

In Deutschland ist es zudem ein Armutszeugnis, daß sich die von Dr. Angela Merkel (CDU) geführte Bundesregierung nicht bereits im Herbst 2007 (Interbankenhandel brach zusammen) gesetzgeberisch auf eine Krisen-Situation eingerichtet hat, zumal sie noch mit Peer Steinbrück (SPD) als Finanzminister über einen gelehrten Volkswirtschaftler verfügt. Denn Konjunkturprogramme entfallen in der Wirtschaft nur dann ihre positive Wirkung, wenn sie ausreichend groß ausfallen (mindestens 1 % des BIPs) und rechtzeitig eingesetzt werden. Insofern kommt das zu kleine, arg Lobbyisten-gesteuerte Konjunkturprogramm der Bundesregierung, das sich noch nicht einmal so nennen darf, wieso zu spät. Man wird wohl im Wahljahr 2009 kräftig nachbessern müssen.

## 1. bis 8. Woche nach dem L-Crash

► 9.11.2008 (khd). Nach 8 Wochen der Beobachtung endete der Krisen-Blog zur Finanzkrise [03]. Hatten die Menschen in der Finanzkrise noch Angst ums Geld, fürchten sie nun in der beginnenden Weltwirtschaftskrise um ihren Job – um ihre Lebensgrundlage. Eine soziale Marktwirtschaft ist das kaum noch. Was nur haben diese ‚Finanzeliten‘ angerichtet, und die Politik hat nicht rechtzeitig durchgegriffen [04]. Und es sieht derzeit nicht so aus, daß sich die Staats- und Regierungschefs auf eine wirklich wegweisende neue Welt-Finanzordnung verständigen werden.

Wie es nun weitergeht, soll in dem folgenden 2. Krisen-Blog beschrieben werden, der mit der 9. Woche nach dem Lehman-Crash („L-Crash“) beginnt, und in dem vor allem über das Ausmaß der **Weltwirtschaftskrise** berichtet werden soll.

## 9. Woche nach dem L-Crash

► 11.11.2008 (khd/hbl). Vor dem Weltfinanzgipfel am Wochenende (15.11.2008): **Private Großbanken warnen bereits vor einer Überregulierung der Finanzmärkte** und vor einer zu starken Zentralisierung der künftigen Aufsicht. Auch die noch amtierende Bush-Regierung sieht das so.

► 11.11.2008 (khd/d-radio). Der deutsche Autobauer **Opel hat einen Hilferuf an die Bundesregierung geschickt**. Zudem gibt es Gerüchte, daß der amerikanische Opel-Mutterkonzern General Motors (GM) vor dem Kollaps stehen soll. Der Kurs der GM-Aktie sank auf den Stand von 1946.

► 11.11.2008 (khd/dw). Der vom Staat übernommene **US-Hypotheken-Finanzierer Fannie Mae** hat allein im 3. Quartal 2008 einen Rekordverlust von 29 Mrd. Dollar produziert.

► 11.11.2008 (khd/info-radio). Auch die **Manager der Deutschen Postbank** haben sich finanziell in den Gefilden der maroden isländischen Banken verstrickt. Erwartet werden Verluste in Millionenhöhe. Bezahlen werden das wohl die Postbank-Kunden mit noch schlechterem Service und erneut steigenden Gebühren.

► 11.11.2008 (khd/ag/info-radio). Andere **Manager sind schon wieder auf der Suche nach neuen Gesetzes-Lücken**, um sich ‚besser aufzustellen‘, wie sie Vorteilsnahmen nennen. So wollen sich jetzt Kreditkarten-Unternehmen wie American Express als Bank betätigen, um auch etwas vom Kuchen staatlicher Rettungspakete abzukriegen.

Wegen der Finanzkrise und der Kreditklemme müssen Kreditkarten-Firmen jetzt höhere Zinsen bezahlen, wenn sie sich Geld leihen. Außerdem können viele US-Bürger ihre Kar-

## Tempi passati?

### Erinnerung an Parolen des Neo-Liberalismus

BERLIN – 21.9.2008 (pep/khd-research).

Wie hießen doch gleich die vielen ‚Lehrsätze‘ des ungezügelten Wirtschaftswahns, die nun über Nacht nicht mehr gepriesen werden?

- *Der Markt reguliert sich selbst.*
- *Eingriffe des Staats schaden der Wirtschaft.*
- *Die Privatisierung staatlicher Unternehmen nutzt den Kunden.*
- *Verstaatlichung ist Sozialismus.*
- *Von der Globalisierung profitieren alle.*
- *Hedge-Fonds sind nützlich für die Wirtschaft.*
- *Wer ein hohes Risiko trägt, muß auch hoch bezahlt werden.*
- *Jede(r) ist seines Glückes Schmied.*
- *In der Krise ist der Staat nicht die Lösung, sondern das Problem.*

ten-Schulden nicht mehr bezahlen. Als Bank-Holding könnte American Express auch andere Institute kaufen und auf die Spareinlagen der Kunden zurückgreifen. Aus ähnlichen Überlegungen hatten im September bereits die ehemaligen Investmentbanken Goldman Sachs und Morgan Stanley ihr Geschäftsmodell über den Haufen geworfen und waren zu normalen Geschäftsbanken geworden.

► 12.11.2008 (khd/welt/d-radio). Im **Herbstgutachten kritisieren die 5 Wirtschaftsweisen das Konjunkturpaket der Bundesregierung** als ein „Sammelsurium von Einzelmaßnahmen“. Um wirklich die Konjunktur zu stützen, plädieren die Sachverständigen für Steuererleichterungen für Investoren sowie verstärkte öffentliche Investitionen und Bildungsausgaben. Angesichts der außerordentlichen Situation könnten dafür auch neue Schulden aufgenom-

men werden, heißt es in dem heute vorgestellten Gutachten. Für ein wirksames Konjunkturprogramm müsse mindestens 1 % des BIP an Staatsmitteln aufgewandt werden, sagen die Gutachter; was rund 25 Mrd. Euro wären. Das in Vorbereitung befindlich Konjunkturprogramm weist hingegen nur ein Volumen von 12 Mrd. Euro auf. [06]

► 12.11.2008 (khd/welt/d-radio). Die Bush-Regierung hat jetzt eine radikale **Kehtwende bei der Bekämpfung der Finanzkrise** vorgenommen. US-Finanzminister Paulson kündigte heute an, das 700 Milliarden Dollar schwere Rettungspaket für die Finanzbranche neu auszurichten. Statt faule Kredite aufzukaufen, soll nun vor allem die Kreditvergabe unterstützt werden. Offensichtlich stecken in den USA nicht nur die Banken- und die Auto-Branche in der Krise, sondern bereits auch viele andere Unternehmen, die Hilfe brauchen. [07]

► 13.11.2008 (khd/blog). Bekanntlich begann die dramatische Ausweitung der Finanzkrise mit dem Crash der US-Investmentbank Lehman Brothers am 15. September 2008. Die Bush-Regierung hatte ausgerechnet dieser Bank alle Hilfen verweigert und damit in die Pleite getrieben. Andere Großbanken wie Morgan Stanley oder Goldman Sachs wurden hingegen gerettet. Da „95 % der **Lehman-Verbindlichkeiten im US-Ausland**“ gelegen haben sollen, wird jetzt vermutet, daß das der eigentliche Grund für die Nicht-Rettung durch die US-Regierung gewesen sei. Falls das wirklich stimmen sollte, dann ist das ein extrem unfreundlicher Akt der USA gegenüber den Volkswirtschaften der Welt gewesen, der noch der Klärung bedarf.

► 13.11.2008 (khd/tsp/d-radio). Selbst kommunale Nahverkehrsbetriebe bleiben von den Folgen der Finanzkrise nicht verschont. Die landeseigene Berliner Verkehrsgesellschaft **BVG muß jetzt rund 160 Mio. Euro beiseitelegen**, um einem möglichen Verlust durch windige und riskante Cross-Border-Leasing-Geschäfte vorzubeugen. Die landeseigene BVG hatte an einen US-Trust 647 U-Bahnwagen und 511 ihrer Straßenbahnen vermietet und diese sofort wieder zurückgemietet, um durch diese Scheininvestitionen von US-Steuervorteilen zu profitieren.

Pikant daran ist, daß Berlins Senat und vermutlich auch Berlins Parlament solche ‚Schwachsinnsgeschäfte‘ mit Finanz-Investoren überhaupt duldete. Dennoch verteidigte Berlins Finanzsenator Sarrazin dieses Geschäft als ein

„modernes Finanzierungsinstrument“. Der BVG-Aufsichtsrat habe das genehmigt, weil man damals kein Ausfallrisiko gesehen habe, sagte Sarrazin jetzt. Für das Frühjahr 2009 plant die BVG nun eine weitere Erhöhung der Fahrpreise.

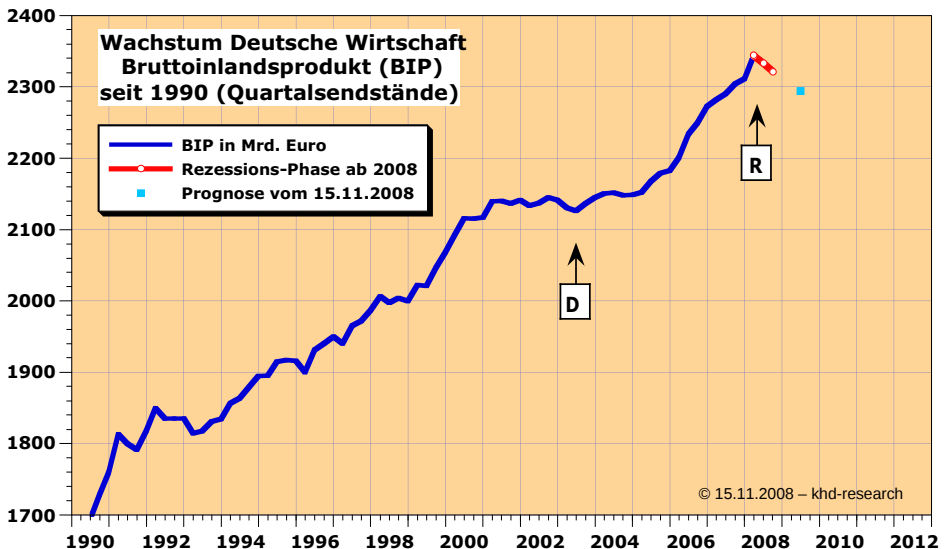
► 13.11.2008 (khd/info-radio). Nun ist es amtlich: **Deutschland steckt bereits in der Rezession.** Nach Angaben des Statistischen Bundesamts ging im 3. Quartal das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 0,5 % zurück. Bereits im 2. Quartal 2008 war das BIP um 0,4 % gesunken. Schrumpft das BIP in zwei aufeinanderfolgenden Quartalen, dann gilt das als Rezession einer Volkswirtschaft. Die OECD geht inzwischen von einer bevorstehenden Rezession u. a. für die gesamte Euro-Zone aus.

► 14.11.2008 (khd/tsp). Bereits um **20 Banken haben Anträge auf Hilfen** aus dem Rettungsfonds der Bundesregierung gestellt. Namen der hinzugekommenen Banken wurden nicht bekannt.

► 14.11.2008 (khd/info-radio/tsp). Die **Autobranche ist besonders von der Wirtschaftskrise betroffen.** Im Oktober sind in Europa die Auto-Neuzulassungen bereits um 15 % auf 1,1 Mio. Fahrzeuge eingebrochen. Der Branchenverband VDA sieht die Hauptschuld in der Zurückhaltung der Banken bei der Kreditvergabe. Die staatlichen Rettungs-Milliarden würden den Banken schließlich nicht gezahlt, um „nur die Bankbilanzen zu verbessern“, heißt es.

Unterdessen ist das Land Nordrhein-Westfalen bereit, der vor der Pleite stehenden Opel GmbH mit einer Bürgschaft zu helfen. Von 2 Mrd. Euro ist die Rede.

► 14.11.2008 (khd/dw/br). In Washington beginnt der **Weltfinanzgipfel der G20-Staaten** mit einem Abendessen im Weißen Haus. Die **G20-Staaten** stehen für 85 % der Weltwirtschaftsleistung und für 2/3 der Weltbevölkerung. Für Deutschland sind die Bundeskanzlerin Angela Merkel und Finanzminister Peer Steinbrück angereist. Der künftige US-Präsident Ba-



▲ **Entwicklung des deutschen Bruttoinlandsprodukts (BIP) seit 1990.** Der Rückgang der Wirtschaftsleistung begann bereits im 2. Quartal 2008 (R). Die Hauptursachen dafür sind der Rückgang des Exports aufgrund der globalen Finanzkrise und eine viel zu geringe Binnen-Nachfrage. Zu erkennen ist auch, daß es sich 2003 lediglich um eine kleine Konjunkturdelle handelte (D). Die aktuelle Rezession (R) wird kräftiger ausfallen, zumal das Konjunkturprogramm der Bundesregierung zu mager ausgefallen ist. Die Daten stammen von der Deutschen Bundesbank (Zeitreihe JB5000). (Grafik: Datum siehe Inset – khd)

rack Obama wird sich vom Gipfel fernhalten, um öffentliche Widersprüche zur noch amtierenden Bush-Regierung zu vermeiden. [Deutsche Forderungen [08]]

Vor Beginn des Weltfinanzgipfels hat UN-Generalsekretär Ban Ki Moon die 20 führenden Industrie- und Schwellenländer (G20) dazu aufgerufen, auch die Interessen der weit über 100 ärmeren Länder zu berücksichtigen. Die Menschen in den Entwicklungsländern seien am stärksten betroffen von einem weltweit stockenden Wirtschaftswachstum, schrieb Ban in einem Brief an die Gipfelteilnehmer.

► 15.11.2008 (khd/hbl/info-radio). Während alle Welt eine verstärkte Regulierung der Finanzmärkte einfordert, heißt es beim Lobbyisten BDI (Deutscher Industrieverband): „**Wir brauchen nicht mehr Regulierung.**“ Das könne wirtschaftliche Initiativen abwürgen. Man brauche jetzt eine bessere internationale Zusammenarbeit, um beispielsweise regulatorische Schlupflöcher zu schließen, äußerte sich der BDI im Handelsblatt.

► 15.11.2008 (khd/d-radio). Mit der Forderung nach einem „**Grünen New Deal**“ reagieren die Grünen auf die weltweite Finanzkrise und ihre Folgen. Zur Bewältigung fordern die Grünen ein Abkommen für soziale, wirtschaftliche und ökologische Reformen. Sie lehnen ihr Konzept dabei an die amerikanische Politik gegen die Wirtschaftsdepression der 1930er-Jahre an. Das Programm wurde vom Parteitag in Erfurt mit breiter Mehrheit unterstützt. Es sieht die Kontrolle der Märkte und gleichzeitig die Verbesserung von Sozialleistungen und Klimaschutz mit Investitionsprogrammen in Höhe von mindestens 20 Mrd. Euro vor.

► 15.11.2008 (khd/ag/info-radio). Auf dem **Washingtoner Weltfinanzgipfel** haben sich die 20 wichtigsten Länder auf 50 Maßnahmen zum Kampf gegen die Finanzkrise verständigt und damit eine Reform des globalen Finanzsystems eingeleitet. Bis spätestens März 2009 soll dieser Maßnahmen-Katalog zum Erzielen einer größeren Transparenz und besseren Kontrolle der Finanzmärkte zu einem konkreten Aktionsplan ausgearbeitet werden, der dann einem 2. Weltfinanzgipfel (voraussichtlich in London) vorgelegt werden soll.

Das Ziel sei, daß künftig „alle Finanzmärkte, Finanzprodukte und Finanzmarkt-Teilnehmer einer Regulierung oder angemessenen Überwachung unterworfen werden“, heißt es in der Abschlusserklärung des Gipfels. [Gipfel der guten Absichten [10]]

## BIP der G20-Länder

Stand: 2007<sup>1</sup>

|                        |                |
|------------------------|----------------|
| 1. U.S.A. ....         | 13.844 Mrd. \$ |
| 2. Japan ....          | 4.384 Mrd. \$  |
| 3. Deutschland ....    | 3.322 Mrd. \$  |
| 4. Großbritannien .... | 2.773 Mrd. \$  |
| 5. Frankreich ....     | 2.560 Mrd. \$  |
| 6. Italien ....        | 2.105 Mrd. \$  |
| 7. Kanada ....         | 1.432 Mrd. \$  |
| 8. Rußland ....        | 1.290 Mrd. \$  |

**G8 zusammen:** 31.710 Mrd. \$

|                                         |                |
|-----------------------------------------|----------------|
| 9. Europäische Union <sup>2</sup> ..... | 16.830 Mrd. \$ |
| 10. China .....                         | 3.251 Mrd. \$  |
| 11. Brasilien .....                     | 1.314 Mrd. \$  |
| 12. Indien .....                        | 1.099 Mrd. \$  |
| 13. Südkorea .....                      | 957 Mrd. \$    |
| 14. Australien .....                    | 909 Mrd. \$    |
| 15. Mexiko .....                        | 893 Mrd. \$    |
| 16. Türkei .....                        | 663 Mrd. \$    |
| 17. Indonesien .....                    | 433 Mrd. \$    |
| 18. Saudi-Arabien .....                 | 376 Mrd. \$    |
| 19. Südafrika .....                     | 283 Mrd. \$    |
| 20. Argentinien .....                   | 260 Mrd. \$    |

**G20 zusammen:** 48.218 Mrd. \$

**Welt total:** 54.312 Mrd. \$

<sup>1</sup> BIP = Bruttoinlandsprodukt (Wirtschaftsleistung).

<sup>2</sup> Die Summe ohne die bereits in G8 enthaltenen EU-Länder beträgt 6.070 Mrd. US-\$.

Bei der Neuordnung des Finanzsystems wird es nun zunächst sehr auf die Arbeit internationaler Experten ankommen, wie sie die Vorgaben des Gipfels in neue Regeln umsetzen. Auch muß die Frage geklärt werden, ob und wie der Internationale Währungsfonds (IWF) reformiert werden muß, bevor er überhaupt neue Aufgaben der internationalen Finanzmarkt-Kontrolle übernehmen kann. Ob das Projekt einer neuen Weltfinanzarchitektur aber gelingt, wird sich erst Ende März zeigen, wenn die Finanzminister die wohlklingenden Überschriften der Gipfel-Vorgaben mit Inhalt unterfüttert haben. Und das wird nicht so ganz einfach sein, denn wie kontrolliert man zum Beispiel ganz konkret die Arbeit einer Rating-Agentur . . .

► 16.11.2008 (khd/radio-88acht). Die **Bundesregierung plant eine weitere Unterstützung der Auto-Branche**. Am Montag (17.11.2008) wird es zunächst zu einem Opel-Krisengipfel im Bundeskanzleramt kommen. Die Opel GmbH benötigt eine Bürgschaft von 1 bis 2 Mrd. Euro, um überleben zu können. Etwa 26.000 Arbeitsplätze sind allein bei Opel gefährdet. Offensichtlich hat der US-Mutterkonzern General-Motors (GM) seiner deutschen Tochter quasi USA-Verluste in Milliardenhöhe

„überwiesen“, was nun der deutsche Ableger auszubaden hat. Eine Rettung Opels kann daher nur klappen, wenn auch GM in den USA gerettet wird oder Opel von GM in die Selbständigkeit entlassen wird.

Aber auch andere Auto-Hersteller stecken in der Krise. Ob aber der Staat jetzt auch noch einer ganzen Branche der Real-Wirtschaft finanzielle Hilfen geben sollte, muß sehr sorgfältig überlegt werden. Das kann ganz schnell zu einem Faß ohne Boden werden. Denn es gibt hierzulande noch viele Branchen, die demnächst auch in die Krise rutschen könnten. Zudem steckt die deutsche Auto-Branche nicht nur wegen der Finanzkrise in erheblichen Schwierigkeiten (3-Liter-Auto verschlafen, Hybrid-Antrieb verschlafen, CO<sub>2</sub>-Reduzierung nicht geleistet).

► 16.11.2008 (khd/d-radio). **Großbritannien und Saudi-Arabien kündigen Konjunkturprogramme** an. Auch in den USA wird derzeit an einem Konjunkturprogramm gearbeitet. Die Saudis wollen sogar 400 Mrd. US-\$ (rund 313 Mrd. Euro) zur Ankurbelung der Wirtschaft einsetzen. Da ist in der Tat das deutsche Konjunkturprogramm, das sich noch nicht mal so nennen darf, mit seinen etwa 12 Mrd. Euro an Bundesmitteln „mickrig“ ausgefallen. Auf dem Washingtoner Gipfel hatten die Schwellenländer Brasilien, China und Indien die führenden Industrieländer aufgefordert, alles zu unternehmen, um auch die Wirtschaftskonjunktur wieder in Ordnung zu bringen.

## 10. Woche nach dem L-Crash

► 17.11.2008 (khd/sp). Das Nachrichtenmagazin Der Spiegel erscheint mit dem Titel „**Das Kapitalverbrechen – Anatomie einer Weltkrise, die gerade erst begonnen hat**“ (Heft 47/2008, Seite 44–80). Auf über 30 Seiten wird eine Rekonstruktion des kapitalen Verbrechens der Finanzjongleure der Welt vorgenommen. Wer die angestrebte Neuordnung der Weltwirtschaft verstehen will, muß zunächst wissen, wie die Welt von Bankern und duldenden Politikern an den Rand des Ruins gebracht werden konnte. [54]

► 17.11.2008 (khd/sp). Für die Weltwirtschaft gebe es derzeit noch eine viel größere Gefahr als die faulen Hypothekenkredite, die die Finanzkrise auslösten, stellt der Spiegel in seiner aktuellen Titel-Story [54] fest. Es habe sich mit in CDOs (Collateralized Debt Obligations) verpackten sogenannten CDS-Papieren

(Credit Default Swaps) eine **riesige CDO-Spekulationsblase von 57.000 Mrd. US-Dollar** gebildet. Und wenn diese platzt, dann könne es erst zum Super-Crash kommen.

Banken und Hedge-Fonds haben CDO-Deals abgeschlossen, um sich gegen den Ausfall von Krediten und anderer Risiken zu versichern. Da solche Kreditversicherungen auf den Finanzmärkten außerbörslich weltweit gehandelt werden, wurden auch sie schnell zu Spekulationsobjekten. Bislang wurde nicht bekannt,

was Politiker gegen die drohende CDS/CDO-Gefahr ganz konkret unternommen haben. Die im September erfolgte Rettung des US-Versicherungs-Konzerns AIG wird nicht ausreichend sein, denn dieser soll nur CDS im Wert von 372 Mrd. \$ halten.



► 17.11.2008 (khd/ard/info-radio). Um die gerettete **Bank Hypo Real Estate** (HRE, München) steht es noch viel schlechter als bislang gedacht. Allein für das 3. Quartal mußte die Bank einen Verlust von 3,05 Mrd. Euro verbuchen. Die bislang zugesagtem Hilfen von über 50 Mrd. Euro werden nicht ausreichen. Die HRE verhandelt derzeit mit dem staatlichen Rettungsfonds um die Gewährung einer Stärkung des Eigenkapitals. Analysten rechnen angesichts der schwachen Kapitalausstattung mit einem Bedarf von mehreren Milliarden Euro. Die HRE wechselte inzwischen den Aufsichtsrat fast vollständig aus. Großaktionär bei HRE ist mit knapp 25 % die Heuschrecke J. C. Flowers (New York).

► 18.11.2008 (khd/ftd/info-radio). Auch die **deutsche Finanzmarkt-Kontrolle muß dringend reformiert werden**. Das zeigt nicht nur der HRE-Fall sondern nun besonders deutlich das katastrophale Ergebnis der staatlichen **Förderbank KfW**. Sie hat in den ersten 9 Monaten dieses Jahres einen Verlust von 1,8 Mrd. Euro eingefahren – deutlich höher als bisher angenommen. Die Fast-Pleite der IKB und der Konkurs der US-Bank Lehman Brothers hatte die KfW tief in die Krise gestürzt. Außerdem sorgten die Pleiten isländischer Banken und das Engagement in obskuren Papieren für weitere Ausfälle. Und der staatlichen Aufsicht von BAFin und Bundesbank ist offensichtlich nichts aufgefallen.

Allein die Lehman-Pleite sorgte für 400 Mio. Euro Verlust. 200 Mio. Euro gingen durch die Bankenkrise in Island verloren. Mit 1 Mrd. Euro werden die Be-

## Das deutsche 15-Punkte-Konjunkturprogramm

Merkels „Wunderküte“ vom 5.11.2008<sup>1,2</sup>

1. Mit einem bis Ende 2009 befristeten Programm im Volumen von bis zu 15 Milliarden Euro soll die Staatsbank KfW das **Kreditangebot** verstärken. Dazu soll sie bis zu 80 % der Haftungsrisiken der kreditgebenden Hausbank übernehmen können.
2. Für 2 Jahre wird eine degressive **Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter** in Höhe von 25 % eingeführt. Firmen können dadurch im ersten Jahr höhere Beträge abschreiben. Dadurch eröffnet sich die Möglichkeit, bereits im Jahr des Erwerbs einen verhältnismäßig hohen Teil der Kosten in Form von Betriebsausgaben oder Werbungskosten steuerlich abzusetzen.
3. Für kleine und mittlere Unternehmen wird die Möglichkeit von **Sonderabschreibungen** erweitert.
4. Die Geldmittel für das **CO2-Gebäudesanierungsprogramm** und andere Modernisierungsmaßnahmen werden für die Jahre 2009 bis 2011 um 3 Milliarden Euro aufgestockt.
5. Die **KfW-Infrastrukturprogramme** für strukturschwache Kommunen werden um 3 Milliarden Euro erhöht.
6. Dringliche **Verkehrsinvestitionen** werden beschleunigt: Dazu wird in den Jahren 2009 und 2010 ein „Innovations- und Investitionsprogramm Verkehr“ aufgelegt. Dazu nimmt der Staat in beiden Jahren je 1 Milliarde Euro in die Hand. Gefördert werden sollen der Ausbau von Schienennetzen und Wasserstraßen sowie der Lärmschutz.
7. Mehr Mittel für die Verbesserung der **regionalen Wirtschaftsstruktur**: Der Bund stellt den Ländern 2009 einmalig 200 Millionen Euro zusätzlich bereit.\*
8. Die steuerliche **Absetzbarkeit von Handwerkerleistungen** bei Instandhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen wird verdoppelt. Künftig können bis zu 1200 Euro im Jahr abgesetzt werden.\*
9. Neuwagen werden für ein Jahr **von der Kfz-Steuer befreit**, Autos in den Schadstoffklassen Euro-5 und -6 für 2 Jahre bis Ende 2010. Die Befreiung gilt ab Kabinettschluss ab 5. November für 6 Monate, bis April oder Mai wird eine Anschlussregelung diskutiert.\*
10. Die Regierung dringt in der EU auf für **industriefreundlichere CO2-Grenzwerte** für Autos ab dem Jahr 2012.\*
11. Die Regierung will, dass die Mittel der Europäischen Investitionsbank (EIB) für **Forschungs-, Entwicklungs- und Innovations-Kredite** von 7,2 Milliarden Euro in 2007 auf 10 Milliarden Euro in 2009 aufgestockt werden. Damit soll die Entwicklung schadstoffarmer Fahrzeugtechnologien gefördert werden. Auch die EIB-Mittel für den Mittelstand sollen erhöht werden, wovon kleinere Zuliefererbetriebe profitieren sollen.
12. Die KfW stockt ihr Angebot an **Beteiligungskapital** auf, damit junge innovative Firmen einfacher Finanzierungen finden.
13. Das Sonderprogramm für ältere und geringqualifizierte Arbeitnehmer (**Wege-Bau**) wird flächendeckend ausgebaut.
14. Mit **1000 zusätzlichen Vermittlerstellen** in den Agenturen für Arbeit wird die Vermittlung kürzlich Gekündigter verbessert.
15. Die Bezugsdauer von **Kurzarbeitergeld** wird befristet für ein Jahr von bislang 12 auf 18 Monate verlängert.

<sup>1</sup> Dieser Plan der Bundesregierung darf sich nicht „Konjunkturprogramm“ nennen.

<sup>2</sup> Die mit einem \* markierten Punkte sind Zugeständnisse an Lobbyisten.

lastungen durch die Risikoabschirmung und den Verkauf der Mittelstandsbank IKB angegeben, die bereits im Vorjahr die Bilanz der früheren Großaktionärin KfW belastet hatte. Hinzu kommt ein Minus von 400 Mio. Euro durch strukturierte Wertpapiere, weitere Wertpapiere belasten wegen gesunkener Marktwerte das Ergebnis mit zusätzlich 600 Mio. Euro.

Diesen Verlusten der KfW von insgesamt 2,6 Mrd. Euro stehen nach Angaben der KfW Gewinne aus dem operativen Geschäft gegenüber, so daß unter dem Strich knapp 1,8 Mrd. Euro Defizit bleiben.

► 18.11.2008 (khd/info-radio). In der Krise zeigen sich jetzt auch die großen **Nachteile einer privaten Altersvorsorge per Riester-Fondssparplänen**, bei denen Aktien im Spiele sind. Wegen der sehr stark gefallenen Aktienkurse stehen diese 2002 zur Entlastung der staatlichen Rente (und zur Freude von Investment-Fonds) per Gesetz eingeführten Pläne deutlich im Minus. Und es könnte viele Jahre dauern, bis dieser Verlust wieder aufgeholt worden ist.

Wenn aber in einer solchen Abschwungsphase gerade der Renteneintritt ansteht, dann stehen der Rentnerin / dem Rentner zwar sämtliche Einzahlungen und die staatlichen Zulagen zur Verfügung, aber den erwarteten Wertzuwachs (Gewinn, Zinsen) gibt es nicht. Jedes Sparbuch (bzw. Sparvertrag) hätte da besser abgeschnitten. Die Stiftung Warentest hat in ihrer aktuellen Zeitschrift *Finanztest* Riester-Sparpläne genauer unter die Lupe genommen. [12]

► 18.11.2008 (khd/d-radio). Der Bundesregierung dämmert inzwischen offensichtlich, daß ihr Konjunkturprogrammchen (siehe Kasten) nicht hinreichen könnte. Vermutlich deshalb kam jetzt aus Regierungskreisen der Vorschlag, **die EU möge doch ein großes Konjunkturprogramm auflegen**. [Die RP-Story dazu [09]] [Hilfspakete für Europa [14]]

► 18.11.2008 (khd/dw/info-radio). **Immer mehr Staaten bitten den Internationalen Währungsfonds (IWF) um Hilfe**. Die Lage könne sich im nächsten Halbjahr noch deutlich verschlimmern, heißt es. Der IWF verhandelt derzeit u. a. mit der Ukraine, Ungarn, Serbien, der Türkei und Weißrußland über Hilfspakete oder Bürgschaften in Milliardenhöhe.

► 19.11.2008 (khd/ftd/sp/d-radio). Die schwer angeschlagenen US-Autohersteller **Chrysler, General Motors und Ford verlangen von der US-Regierung Kredite fürs Überleben**. Ein neuer Kredit in Höhe von 25 Mrd. Dollar (20 Mrd. Euro) sei nötig, „um

die Liquiditätskrise zu überleben“, sagte Chrysler-Chef Robert Nardelli gestern von einem US-Senatsausschuß. Die Chefs der 3 großen US-Autobauer warnen vor einem Kollaps der gesamten Branche. „4,5 Mio. Menschen hängen von dieser Industrie ab. Ohne Unterstützung könnten fast 3 Mio. von ihnen binnen 12 Monaten ihren Job verlieren.“ Doch die Konzerne können so schnell nicht mit staatlicher Hilfe rechnen, denn ihr Problem ist zumeist selbstverschuldet (u. a. falsche Modell-Politik, ineffiziente Produktionsstrukturen, aufgeblasenes Händlernetz und kostspielige Tarifverträge).

„Ein völliger Zusammenbruch der Autoindustrie wäre in diesem Umfeld ein Desaster“, sagte der künftige US-Präsident Barack Obama am Sonntagabend (16.11.2008) im US-Fernsehen. „Deshalb glaube ich, daß wir helfen müssen.“ Der Staat dürfe den Konzernen aber keinen Blankoscheck ausstellen, fügte er hinzu. Damit kommt Obama jetzt seinen Kritikern entgegen, die zwei zentrale Fragen aufwerfen: Wenn nach den Banken und Versicherungen nun auch die Auto-konzerne Steuergelder in Milliardenhöhe bekommen – wer kommt als nächstes? Und: Was können General Motors (GM), Ford und Chrysler mit einer Finanzspritze von 25 Mrd. \$ erreichen? Können sie damit ihre strukturellen Probleme lösen, oder wird ihr Untergang mit der Staatshilfe nur aufgeschoben? [13]

► 19.11.2008 (khd/info-radio). **Sachsen legt ein Hilfspaket für den Mittelstand auf.** Geplant sind Bürgschaften im Umfang von 375 Mio. Euro, mit denen vor allem kurzfristige Kredite abgesichert werden sollen.

► 19.11.2008 (khd/d-radio/info-radio). Die **Weltwirtschaftskrise erreicht die Chemie-Branche:** Der Chemiekonzern BASF schließt „wegen des schwierigen wirtschaftlichen Umfeldes“ weltweit vorübergehend 80 Anlagen. In gut 100 Anlagen werde zudem die Produktion gedrosselt, teilte der Konzern heute in Ludwigshafen mit. Betroffen seien weltweit 20.000 Beschäftigte. Als Auslöser für die Produktionseinschränkungen gilt das Schwächeln der Autoindustrie.

► 19.11.2008 (khd/d-radio). Die **Europäische Union (EU) plant ein europäisches Konjunkturprogramm.** Das Volumen soll 1 % des gesamten BIPs der EU betragen, was rund 130 Mrd. Euro sind. Deutschland müßte dazu etwa 25 Mrd. Euro beitragen. Die Gelder sollen nur in wirklich nachhaltige Zukunftsinvestitionen gesteckt werden. Dazu gehören vor allem grenzüberschreitende Schienennetze,

Energienetze, Breitbandnetze, Alternativ-Energien und auch Straßen. Zur Teil-Finanzierung könnte die EU-Kommission eine EU-Anleihe auflagen. Die EU-Kommission will am 26.11.2008 ihre Pläne vorstellen. [Hilfspakete für Europa [14]]

► 20.11.2008 (khd/info-radio). **Deutschland muß sich auf eine höhere Staatsverschuldung einstellen.** Die Neuverschuldung des Bundes wird wegen der Finanzkrise im kommenden Jahr deutlich höher ausfallen als geplant. Statt der ursprünglich vorgesehenen 10,5 Mrd. Euro soll nun die Nettokreditaufnahme bei voraussichtlichen 18 Mrd. Euro liegen. Das geht aus dem überarbeiteten Etatentwurf hervor, über den der Haushaltsausschuß des Bundestages heute abschließend berät. Das Ziel eines Haushalts ohne neue Schulden im Jahr 2011 ist damit nicht mehr erreichbar. Vielmehr wird angesichts der Weltwirtschaftskrise erwartet, daß die Neuverschuldung weiter ansteigen wird.

► 20.11.2008 (khd/info-radio). Auch die **Vorzeige-Landesbank LBBW hat sich verzockt.** Der Ruf der Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) als solide-ste der Landesbanken ist total ruiniert. Denn für 2008 wird ein Gesamtverlust von 2 Mrd. Euro erwartet. Sie benötigt etwa 4 bis 6 Mrd. Euro Eigenkapitalhilfe. Außerdem werde die LBBW zur Absicherung von Krediten staatliche Bürgschaften in Höhe von 20 bis 30 Mrd. Euro in Anspruch nehmen müssen, heißt es.

► 21.11.2008 (khd/d-radio). Die **25-Mrd.-Hilfe für die US-Autobauer scheiterte** gestern Abend im US-Kongress. Vor allem Republikaner sähen es lieber, wenn sich die angeschlagenen Konzerne Chrysler, Ford und General Motors (GM) über eine Insolvenz selbst sanieren würden.

► 21.11.2008 (khd/info-radio). **Bundespräsident Köhler verlangt von den Banken,** jetzt einen entscheidenden Beitrag zur Stabilisierung der deutschen Wirtschaft zu leisten. „*Besinnen Sie sich wieder auf die Tugenden des soliden Bankiers – und ich sage bewußt Bankier und nicht Banker*“, sagte Köhler heute in einer Grundsatzrede zur Finanzkrise in Frankfurt am Main. „Die Banken müssen sich bewußt machen: *Zuallererst sind sie Treuhänder derer, die ihnen ihr Ersparnis überantwortet haben.*“ Nachdem sich die „ganze Branche offenbar so berauscht“ habe an Renditen und darüber blind geworden sei für Risiken, seien nun Demut, Anstand und Bescheidenheit gefordert, betonte Köhler. [16]

► 21.11.2008 (khd/info-radio). Die Deutsche Bundesbank geht nunmehr für Deutschland von einem **Konjunkturreinbruch von 1 % für 2009** aus. Damit steht Deutschland vor der tiefsten Krise seit 1949. [BIP-Entwicklung von Deutschland]

► 21.11.2008 (khd/dw/d-radio). Mit massiven **Investitionen in die Infrastruktur des Internets** wollen jetzt Politik und Wirtschaft dieser großen Rezession begegnen. Das kam beim **IT-Gipfel in Darmstadt** heraus. Ziel ist, daß noch mehr Menschen in Deutschland das Welt-Netz über einen Breitbandzugang nutzen können, den sie dann hoffentlich auch bezahlen können . . .

Allerdings wurde in Darmstadt sofort wieder die wettbewerbsfeindliche Lobbyisten-Forderung der Telekom aus **VDSL-Zeiten** nach Wegfall der Regulierung für die angestrebten Investitionen laut. Unklar ist auch, ob die Wirtschafts-Politik die richtigen Anreize für wirklich zukunftsträchtige Glasfaserzugänge bis in die Wohnungen (**FTTH-Technik**) setzen wird. [Internet soll Wirtschaft auf die Beine helfen [15]]

► 21.11.2008 (khd/info-radio). Auf den Märkten bleibt derzeit keine Branche von den Folgen der Krise der Banken und der sich weltweit abzeichnenden Rezession verschont. Sogar der **Markt für Diamanten erlebt derzeit schwere Zeiten**. Bereits im Oktober wurde die Branche von einem dramatischen Nachfrageeinbruch erwischt, was bislang die Preise für kleine Schmuck-Diamanten um bis zu 16 % unter den Vorjahreswert fallen ließ. An sich werthaltige, größere Steine haben noch stärker an Wert verloren.

► 21.11.2008 (khd/tsp/info-radio). Der **Rohölpreis unterschritt gestern in New York erstmals seit Mai 2005 die 50-Dollar-Marke**. Heute wurde bereits ein Preis von 47,82 US-Dollar pro Barrel (159 Liter) erreicht. Noch im Juli 2008 lag der Rohölpreis bei 150 US-Dollar/Barrel. Es hat sich also ausspekuliert. Dennoch verblüfft es, wie schnell der ‚Mondpreis‘ jetzt in der Krise auf realere Werte zurückfiel.

► 22.11.2008 (khd/focus). Rohstoffpreise sind in den letzten Wochen ständig gesunken. Und schon geht die **Angst vor einer bevorstehenden Deflation** um, denn nach 1929 hatte eine weltweite Hyper-Deflation zur **großen Krise** mit massiver Arbeitslosigkeit geführt. Die Banken tragen jetzt zu dieser Gefahr bei, da sie – trotz ausreichender Staatshilfen – noch immer bei der Vergabe von dringend benötigten Krediten für die Wirtschaft knausern. Wenn aber für die Gütermenge

in einer Wirtschaft weniger Geld zur Verfügung steht, dann entsteht ein massiver Druck auf die Preise.

Noch ist die Deflation nicht da – weder in den USA noch in Europa. Das ist erst der Fall, wenn die Preise dauerhaft sinken, wenn also die Inflationsraten negativ werden. In Europa betrug aber die Inflationsrate im Oktober noch +3,2 % und in den USA +3,7 %. Um der Deflations-Gefahr entgegenzuwirken, wird für Dezember erwartet, daß die Zentralbanken die Leitzinsen weiter absenken werden. [Die Angst vor der Deflation [17]]

► 22.11.2008 (khd/tsp). Heute fast wertlose Lehman-Zertifikate wurden noch vor kurzem von Banken als sichere Anlage angepriesen. Nur beweisen können die verführten Anleger die Versprechungen der Bankberater meist nicht. Daher läßt jetzt das Bundesverbraucherministerium prüfen, ob es künftig eine **Beweislastumkehr bei Bankgeschäften** für Privatkunden geben soll.

Dagegen läuft aber bereits jetzt der Bankenverband Sturm: Ein solcher Entlastungsbeweis sei mit der Grundsystematik des deutschen Rechts nicht vereinbar, heißt es. Die Lösung dafür wäre einfach: Überall sollte künftig die Beweislast vom Endverbraucher abgewendet werden.

► 22.11.2008 (khd/tsp/d-radio). Nach Angaben von Bundesfinanzminister Peer Steinbrück ist das **Geld der deutschen Kunden der isländischen Kaupthing-Bank nicht verloren** – sie bekommen ihr Erspartes wieder. Gemeinsam mit den Niederlanden und Großbritannien sei eine Lösung gefunden worden. Der isländische Einlagensicherungsfonds werde das Geld an die Kunden auszahlen. Die 308 Mio. Euro dafür erhält die isländische Einlagensicherung per Kredit vom deutschen Staat.

Aber was ist nun mit den vielen Lehman-Betroffenen – darunter viele Rentner, deren Erspartes verloren ging, nur weil die US-Regierung meinte, der Lehman Brothers keine staatliche Hilfe geben zu können?

► 22.11.2008 (khd/tsp). Einen **Lösungsvorschlag für die Entschädigung kleiner Anleger**, denen Lehman-Zertifikate aufgeschwatzt wurden, machte gestern Bundespräsident Horst Köhler in seiner Rede vor den versammelten Top-Bankmanagern. Dort sagte das Staatsoberhaupt: „*Seien Sie ehrlich, wenn bei der Beratung Fehler gemacht wurden. Weichen Sie berechtigten Fragen der Öffentlichkeit nicht aus.*“ Um Vertrauen zurückzugewin-

nen sollten die Banken Entgegenkommen zeigen und Härtefälle auffangen. Schließlich haben Top-Banker in den letzten Jahren „viel Geld“ gemacht. Sie könnten nun mit einem eigenen Beitrag zu einem gesonderten Fonds „ein besonderes Zeichen der Solidarität“ setzen, sagte Köhler den sprachlosen Bankern in Frankfurt am Main.

Es ist natürlich bezeichnend für die gesamte Kaste der Bankmanager, daß sie nicht längst schon selbst auf diese so naheliegende Idee der Vertrauensbildung durch Selbstbeteiligung gekommen ist. Vielleicht muß ja erst die BILD-Zeitung eine Aktion starten, um den Bankern Nachhilfe im sozialen Verhalten zu erteilen.

► 23.11.2008 (khd/sp/info-radio). **Deutschland drohen harte Zeiten:** Einem internen Papier des Bundeswirtschaftsministeriums zufolge spitzt sich die konjunkturelle Lage dramatisch zu. „*Wir stehen vor einer Rezession der Weltwirtschaft, wie wir sie in Tiefe und Breite seit Jahrzehnten nicht mehr erlebt haben*“, schreiben die Experten von Wirtschaftsminister Glos (CSU) in ihrer Lageanalyse.

Der Abschwung sei global und „berge die Gefahr einer Selbstverstärkung. (...) Gerade für Deutschland als einer der offensten Industrienationen ist wahrscheinlich, daß sich der Nachfrage-Einbruch von außen zu einer länger anhaltenden Abwärtsspirale im Inneren ausweitete.“ Auf den sich abzeichnenden Nachfrage-Ausfall müsse „ursachenadäquat und unideologisch mit nachfragestärkenden Maßnahmen reagiert werden“. [Kritiker des Neoliberalismus sehen sich durch die Krise bestätigt [19]]

Nicht nur Top-Volkswirte wie Gustav Horn hatten immer wieder auf die mangelhafte Binnen-Nachfrage in Deutschland hingewiesen, was aber regelmäßig als ‚fauler ideologischer Zauber‘ von den Neo-Liberalisten abgelehnt worden war. Nun aber droht hierzulande die totale Konsumstarre mit sich anschließender Deflation – wie nach 1929 in der 1. Weltwirtschaftskrise.

Angesichts einer solch dramatischen Lage stellt sich die Frage, warum dann von dieser Bundesregierung nicht entschlossen ein richtiges Konjunkturprogramm mit einem Volumen von mindestens 26 Mrd. Euro (1 % des BIPs) auf den Weg gebracht worden ist, das sofort hätte realisiert werden können, um schon im nächsten Jahr wirksam zu werden. Natürlich müßten die Mittel dafür als neue Schulden aufgenommen werden, was aber durch die entstandene Lage diesmal vollauf berechtigt wäre. Und es könnte sehr gut sein, daß

wegen dieser eklatanten Regierungsversäumnisse von CDU + SPD + CSU viele Bürger bei der Wahl im nächsten Herbst den Regierungsparteien die rote Karte zeigen werden.

► 23.11.2008 (khd/sp/info-radio). **Die Briten planen eine Steuersenkung noch vor Weihnachten.** Wegen der dramatischen Krisenlage müsse es jetzt ganz schnell gehen, heißt es. Das Rettungspaket für die britische Wirtschaft soll ein Volumen von 15 Mrd. Pfund haben. Mit dem Geld soll vor allem die Mehrwertsteuer temporär von bislang 17,5 % auf 15 % gesenkt werden. Die britische Regierung erhofft sich dadurch einen vorweihnachtlichen Kaufrausch. Die Mehrwertsteuer-Senkung sei der wirksamste Schritt zur Stimulierung der Wirtschaft, da er einen direkten Anreiz für die Verbraucher darstelle, mehr Geld auszugeben, heißt es in der *Sunday Times*. [Vom Versagen der Bundesregierung [18]]

## 11. Woche nach dem L-Crash

► 24.11.2008 (khd/ag/d-radio). **China klotzt beim Konjunkturprogramm.** Mit umgerechnet rund 1.200 Mrd. Euro sollen die Folgen der Weltwirtschaftskrise abgefangen werden. Investiert sollen die Mittel vor allem in die ländliche Infrastruktur wie das Schienen- und Straßennetz, in Häfen und den Wohnungsbau, berichtete gestern das chinesische Staatsfernsehen. Chinesische Exporteure bekommen die Abkühlung der Weltkonjunktur zu spüren. Tausende Unternehmen in der Textilindustrie und in anderen auf den Export spezialisierten Branchen mußten bereits dichtmachen. Das hat die sozialen Spannungen in dem riesigen Land verschärft. Vor den Fabriktoren im Süden und an der Küste Chinas versammelten sich zuletzt wütende Arbeiter und forderten ihre Löhne ein.

► 24.11.2008 (khd/bild.de). Wirtschaftsprofessor Thomas Straubhaar ist Präsident des Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archivs (HWWA). Er ist auch Berater der Lobby-Organisation „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ (INSM) des Arbeitgeberverbands Gesamtmetall. Die INSM propagiert seit Jahren neoliberales Gedankengut unter dem Mäntelchen einer ‚sozialen Marktwirtschaft‘. Inzwischen wissen wir ganz genau, wohin letztendlich ein marktradikales Handeln führt: Ins Verderben einer globalen Finanzkrise, aus der die Weltwirtschaftskrise II entstand. Der BILD-Zeitung offenbarte jetzt Prof. Straubhaar: „**Ich habe Angst vor einer Deflation.**“

► 24.11.2008 (khd/info-radio). Frankreich und Deutschland vereinbarten heute in Paris, daß zur Ankurbelung der Volkswirtschaft eine vorübergehende **Senkung der Mehrwertsteuer nicht in Frage kommt**. Bundeskanzlerin Merkel (CDU) will kein „Gießkannenprinzip“, sondern sieht ihre „punktgenaue Förderung“ als ausreichend an. Allerdings kann diese ‚Wundertüte‘ eine Deflation nicht verhindern. Frankreich setzt weiterhin auf direkte Staatsinterventionen. [Vom Versagen der Bundesregierung [18]]

► 24.11.2008 (khd/info-radio). Die große **US-Bank Citigroup ist de facto kollabiert**. Aber die Citigroup ist ‚to big to fail‘, und so wurde sie am Wochenende quasi verstaatlicht. Mit über 200 Millionen Kundenkonten in mehr als 100 Ländern ist die Citigroup noch immer einer der global führenden Finanzkonzerne. Eine Pleite hätte weltweit massive Auswirkungen gehabt – es wäre „Lehman hoch 10“ gewesen.

Der US-Staat beteiligt sich mit weiteren 20 Mrd. \$ an der weltgrößten Bank. Außerdem werden der Citigroup noch bis zu 306 Mrd. \$ an Bürgschaften zur Verfügung gestellt. Die 20 Mrd. \$ direkte Kapitalhilfe stammen aus dem 700 Mrd. \$ schweren US-Rettungspaket, aus dem die Bank bereits 25 Mrd. \$ erhalten hatte. Die ursprüngliche Hilfe war aber verpufft.

Wegen der Krise streicht die Citigroup 75.000 Stellen. Die Bank trennte sich bereits im Juli 2008 von ihren Filialen in Deutschland (gehören heute der französischen *Crédit Mutuel*). Sollten bei den mit der Rekord-Bürgschaft abgesicherten Papieren Verluste auftreten, muß die Citigroup für die ersten 29 Mrd. \$ geradestehen. Bei weiteren Ausfällen übernimmt der Staat 90 % – ein Risiko von bis zu 250 Mrd. \$. Unterdessen mußten am Wochenende 3 weitere US-Banken schließen, womit sich die Zahl der in den USA in diesem Jahr pleitegegangenen Banken auf 22 erhöht.

► 25.11.2008 (khd/d-radio). Der künftige US-Präsident Obama plant für 2009 und 2010 das **größte Konjunkturprogramm, das es je gab**. Es wird mit einem Volumen von 1.000 Mrd. US-Dollar gerechnet. Damit sollen 2,5 Mio. Arbeitsplätze geschaffen oder gesichert werden. Die Höhe von etwa 1 Billion Dollar verwundert nicht, denn bereits jetzt ist klar, daß diese Weltwirtschaftskrise größer als die von Anfang der 1930er-Jahre ist.

► 25.11.2008 (khd/tsp). Nach einem Bericht des *Tagesspiegels* prüft die Bundesregierung die **Ausgabe von „Konsum-Gutscheinen“ über 500 Euro**, um damit die deutsche Binnen-Nachfrage anzukurbeln.

Eine Entscheidung darüber soll aber erst im Januar 2009 erfolgen. Unklar ist auch noch, wer einen Guthschein erhalten soll. Die Rede ist, daß nur sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer in den Genuß des Staatsgeschenks kommen sollen – Rentner und Arbeitslose würden dann außen vor bleiben. Sozial gerecht wäre das nicht. Eine Senkung der Mehrwertsteuer ist gerechter. [20]

► 25.11.2008 (khd/ag/info-radio). Bis 2010 wird für Deutschland nach Angaben der *OECD* ein **Ansteigen der Arbeitslosigkeit von derzeit 7,2 auf etwa 9 %** erwartet. Das würde eine Zunahme von 750.000 Arbeitslose bedeuten (gerechnet ab Oktober 2008). Deutsche Wirtschaftsinstitute sowie die Bundesagentur für Arbeit waren bislang wesentlich optimistischer und hatten für 2009 eine deutlich geringere Steigerung der Arbeitslosenzahl vorhergesagt. [21]

► 25.11.2008 (khd/info-radio). Europas größter Autobauer **Volkswagen** will wegen der geringeren Nachfrage nach Autos nun doch eine **längere Produktionseinstellung** vom 18. Dezember bis zum 11. Januar 2009 im Wolfsburger Hauptwerk vornehmen.

► 25.11.2008 (khd/ard/info-radio). Die **US-Notenbank Fed wird jetzt faule Hypotheken-Papiere aufkaufen**. Dafür werden bis zu 600 Mrd. US-Dollar zur Verfügung gestellt. Damit soll der Immobilienmarkt gestützt sowie die Lage am Finanzmarkt verbessert werden. Ein weiteres Programm über 200 Mrd. Dollar soll den ausgetrockneten Markt für Konsum-Kredite wieder in Schwung bringen. An den Börsen kam diese Maßnahme zunächst gut an, aber was heißt das schon. Das BIP der USA sank im 3. Quartal um 0,5 %.

► 26.11.2008 (khd/ag/d-radio). Die **EU-Kommission legt ihren Aktionsplan zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise vor**. Danach sollen zur Stützung der Konjunktur von allen EU-Mitgliedsstaaten staatliche Ausgabenprogramme für die kommenden 2 Jahre aufgelegt werden und dabei eine steigende Neuverschuldung in Kauf genommen werden. Die Kommission rät wegen der schwere Rezession zu schnellen steuerlichen Entlastungen und will selbst Fördergelder aus EU-Töpfen sowie günstige Kredite der Europäischen Investitionsbank mobilisieren.

Über die meisten Maßnahmen hätten aber die Regierungen und nicht die EU-Kommission zu entscheiden. Deutschland, Großbritannien und Spanien haben bereits Konjunkturpakete geschürt. Frankreich hat ein umfangreiches Konjunkturprogramm angekündigt.

„Allgemein können vorübergehende Mehrwertsteuer-Senkungen schnell eingeführt werden, um einen starken fiskalischen Impuls zu schaffen, der den Konsum stützt“, heißt es in dem EU-Aktionsplan. Die bereits vorgeschlagene reduzierte Mehrwertsteuer auf arbeitsintensive Dienstleistungen sollen die EU-Länder Anfang des Jahres verabschieden. Außerdem werde die Kommission einen Entwurf für niedrigere Sätze bei umweltfreundlichen Produkten vorlegen. Schließlich spricht sich die Kommission dafür aus, die Lohnsteuer für Geringverdiener zu senken. Dies könne die Beschäftigung fördern. Der EU-Plan zur Wirtschaftserholung habe das Ziel, „rasch die Nachfrage zu stimulieren und das Verbrauchervertrauen zu steigern“, heißt es in dem EU-Papier weiter. Das Gesamtvolumen soll 200 Mrd. Euro betragen, was etwa 1,5 % des BIPs der EU (siehe Seite 4) ist. [EU will Mehrwertsteuer drücken [22]]

► 26.11.2008 (khd/tsp). Der *Tagespiegel* weist darauf hin, daß **Obamas künftige Wirtschaftsleute am Entstehen der Finanzkrise beteiligt** waren. So hat Obamas künftiger Wirtschaftschef Lawrence Summers im Jahr 1999 als Vizefinanzminister die Aufhebung der bis dahin geltenden strikten Trennung zwischen normalen Geschäftsbanken und den auf das Wertpapiergeschäft spezialisierten Investmentbanken eifrig unterstützt. Und der designierte US-Finanzminister Timothy Geithner war in den Jahren 2001 bis 2003 als Abteilungsleiter beim Internationalen Währungsfonds (IWF) maßgeblich daran beteiligt, daß ausgerechnet die US-Finanzindustrie im Gegensatz zu jenen in den anderen IWF-Mitgliedstaaten nicht auf Schwachstellen untersucht werden durfte. Vermutlich wäre sonst schon damals der „faule Derivaten-Zauber“ aufgefliegen. [23]

► 26.11.2008 (khd/info-radio/d-radio). Der Deutsche **Bundestag streitet um den Bundeshaushalt für 2009**. Aus der General-Debatte wird deutlich, daß die schwarz-rote Bundesregierung nicht auf der Höhe des aktuellen Wissenstandes um die Rezessions-Krise ist. Es gebe „kein Drehbuch“ für eine solche Herausforderung, behauptet Bundeskanzlerin Dr. Merkel (CDU), obwohl in jedem Lehrbuch der Volkswirtschaftslehre zu lesen ist, was bei einer drohenden Deflation vom Staat zu tun ist. Von der mitregierenden SPD war bereits im Vorfeld zu hören [20], daß sie „Steuersenkungen auf Pump“ ablehnt.

Und dabei geht es doch jetzt nur um die sofortige Einführung einer temporären Absenkung der Mehrwertsteuer, was heute auch noch die EU-Kommission

empfohlen [22] hat. Offensichtlich verhindern rein wahltaktische Überlegungen bei CDU und SPD ein rationales Handeln in der Krise. Denn der entscheidende Kampf gegen beginnende deflationäre Entwicklungen (man schaue nur auf den enormen Absturz aller Rohstoffpreise) muß jetzt aufgenommen werden – im Herbst 2009 nach der Bundestagswahl ist es zu spät.

► 26.11.2008 (khd/tsp/info-radio). **Auch Airbus ruft nach dem Staat**. Die Flugzeugbauer sind die nächste Branche, die in der Finanz- und Wirtschaftskrise staatliche Bürgschaften zugesprochen haben möchten. Airbus-Chef Enders forderte jetzt Ausfallbürgschaften für den Verkauf von Flugzeugen. Rund zwei Drittel aller Flugzeugkäufe werde über Kredite finanziert. Da aber die Banken derzeit die Kreditanforderungen sehr verschärft haben, können Kunden kurzfristig ihre Bestellungen stornieren, heißt es.

Das ist ein starkes Ansinnen einer sowieso schon mit staatlichen Subventionen verwöhnten Branche. Natürlich hängen daran auch wieder Arbeitsplätze bei den kleinen Zulieferern, aber vielleicht sollte Airbus Industries mal ihr Geschäftsmodell überprüfen. Man könnte doch auch Vorkasse bei einer Flugzeug-Bestellung verlangen.

► 26.11.2008 (khd/ftd/d-radio). Die gefürchtete **Deflation ist wieder in aller Munde**. Das liegt daran, daß auch in Europa die Inflationsraten derzeit drastisch zurückgehen. Nur die Bundesregierung will davon (noch) nichts wissen. So fiel in Deutschland der amtliche Preisindex von +2,4 % im Oktober auf +1,4 % im November 2008. Das können Vorboten einer deflationären Wirtschaftsentwicklung sein. In den USA hat die Notenbank Fed bereits damit begonnen, reichlich Geld auf den Markt zu werfen, denn bei einem Leitzins von 1 % bleibt wenig Spielraum für Leitzinssenkungen zur Deflations-Bekämpfung.

► 27.11.2008 (khd/info-radio). Der **Abschwung am deutschen Arbeitsmarkt beginnt**. Aus den November-Zahlen der Arbeitslosigkeit (2,988 Mio. bzw. 7,1 %) ist das bereits ablesbar. Denn gegenüber Oktober 2008 ist nur noch ein Rückgang der Arbeitslosigkeit von rund 8.000 festgestellt worden. Im Vorjahr war noch ein Rückgang von 56.000 zu beobachten.

Auch wenn jetzt Politiker das November-Ergebnis als „robusten Arbeitsmarkt“ loben, ist es doch ein deutliches Krisen-Zeichen. Die kompetente OECD hat aufgrund der Datenlage von Oktober 2008 für Deutschland ein Ansteigen der Ar-

beitslosigkeit um 750.000 bis 2010 prognostiziert. Das wären dann rund 3,75 Millionen. Die Bundesregierung könnte diese Verschlechterung mit geeigneten Sofort-Maßnahmen reduzieren, was die Große Koalition aber bislang nicht in Angriff genommen hat. [01]

► 27.11.2008 (khd/tsp). **Mehdorn sieht die Bahn am Abgrund**, titelt heute der *Tagespiegel*. Danach ist der Güterverkehr besonders von der Wirtschaftskrise betroffen. Hier sind schon seit Oktober Einbrüche bei den Transportleistungen zu verzeichnen. Die Deutsche Bahn werde daher einen „rigiden Sparkurs“ fahren, wobei auch ein Stellenabbau nicht ausgeschlossen sei, verkündete Bahn-Chef Mehdorn gestern in Berlin.

► 28.11.2008 (khd/d-radio). **Spanien legt ein Konjunkturprogramm von 11 Mrd. Euro auf**. Damit sollen vor allem Infrastruktur-Maßnahmen gefördert werden.

► 28.11.2008 (khd/hbl). **Läutet Schäuble eine radikale Wende der CDU-Wirtschaftspolitik ein?** Im *Interview* sagte der Bundesinnenminister dem *Handelsblatt*: Zum richtigen Politik-Mix gehöre „neben der klassischen Angebots-Orientierung nun eben auch eine starke Nachfrage-Politik. Dem sollte sich die Union nicht mehr verschließen. Wir müssen umdenken – ja sogar durchaus keynesianisch.“

Man wird sehen, was auf dem bevorstehenden CDU-Parteitag von diesem – vermutlich von Deflationsangst angetriebenen – Vorstoß übrigbleibt. Es könnte aber sehr gut sein, daß die CDU mal wieder die SPD links überholt. [25]

► 28.11.2008 (khd/sz/tsp/info-radio). **Die BayernLB ist derart marode, daß sie nun 10 Mrd. Euro braucht**. Und das wird nicht reichen. Das Land Bayern will dennoch ‚seine‘ Landesbank (LB) mit frischem Geld retten, ohne daß der Rettungsfonds des Bundes in Anspruch genommen werden soll. Der Bund solle keinen Einfluß auf die BayernLB erlangen, heißt es. Ob das aber noch möglich ist, wird von Beobachtern bezweifelt. Die BayernLB hatte riskante Papiere im Werte von mindestens 24 Mrd. Euro gekauft, die heute nahezu wertlos sind.

Und was haben bayerische Politiker damals über Berlin gelästert, als der *Berliner Banken-Skandal* publik wurde und es später um *Berlin-Hilfen* ging. Heute steht die BayernLB am Abgrund. [*Hilfen für die BayernLB* [26]]

► 28.11.2008 (khd/tsp). Der weltgrößte **Stahlkocher Arcelor-Mittal streicht 9000 Stellen**. In Europa sol-

len davon 6000 Stellen wg. des Nachfrage-Einbruchs beim Stahl wegfallen. In welchem Umfang das deutsche Werk in Eisenhüttenstadt von den Sparmaßnahmen betroffen sein wird, ist noch nicht bekannt.

► 29.11.2008 (khd/tsp). Deutschlands größter **Stahlkocher Thyssen-Krupp entläßt 2100 Leiharbeiter**. Das Schicksal weiterer 1600 Leiharbeiter sei jedoch von der künftigen Entwicklung abhängig, heißt es. Einige Edelstahlwerke werden wg. des Nachfrage-Einbruchs über Weihnachten 4 Wochen stillstehen.

► 29.11.2008 (khd/tsp/info-radio). Die jährliche **Inflationsrate in der Euro-Zone ist im November auf +2,1 % gesunken**. Im Oktober betrug die Rate noch +3,2 %. Daher wird für die kommende Woche eine Leitzinssenkung der EZB um absolut mindestens 0,5 % erwartet – vielleicht wg. der deflationären Tendenz sogar um absolut 1 % auf 2,25 %.

► 29.11.2008 (khd/dw/d-radio). **In Island kam es heute zu Unruhen**. Wegen der miserablen wirtschaftlichen Lage forderten 10.000 Demonstranten in Reykjavik den sofortigen Rücktritt der Regierung. Seit alle 3 führenden Banken (Kaupthing, Glitnir und Landsbanki) im Oktober zusammengebrochen sind, die Inflation sich auf 20 % zubewegt, Mietsteigerungen von 100 % verkräftet werden müssen und die Krone nur noch den Klimper-Wert früherer Ostblockwährungen hat, stehen die 320.000 Bürger auf der Atlantikinsel unter Dauerschock. Island konnte nur mit einem IWF-Kredit vor dem Staatsbankrott bewahrt werden. Islands BIP betrug 2007 rund 20 Mrd. US-Dollar.

„Das System hier ist in den Augen der Leute so kaputt wie die DDR vor dem Fall der Mauer. Und durch und durch korrupt“, sagt der Schriftsteller Einar Már Gudmundsson. Er gehört zu denen, die sich wieder politisch betätigen, und verlangt die zwangsweise Ablösung der Regierung durch ein „Expertenkabinett“. „*Warum sollen wir Normalbürger die komplette Rechnung für den Wahnsinn der Banken und die Untätigkeit der Regierung zahlen?*“ [*Aufruhrstimmung in Island* [27]]

► 30.11.2008 (khd/oz). **An der Ostseeküste ist die Wirtschaftskrise bereits deutlich zu spüren**. Die *Ostsee-Zeitung* berichtet, daß der Seehafen Wismar demnächst auf Kurzarbeit übergehen muß, es bei Auto-Zulieferern bereits Insolvenzen gibt, die 10 Anläufe des US-Passagierschiffs „Carnival Liberty“ von Warnemünde im kommenden Jahr storniert wurden und sich die restriktive Haltung der Banken in der Schiffsfinanzierung für die Werf-

ten in Mecklenburg-Vorpommern arbeitsplatzvernichtend auswirkt.

► 30.11.2008 (khd/sp). Wegen der Verschlechterung der Wirtschaftslage haben viele mittelständische Firmen **Schwierigkeiten bei der Absicherung von Zahlungsausfällen**. Warenkredit-Versicherer nahmen mehrere 1000 Unternehmen in Deutschland aus der Deckung und erhöhten zudem die Prämien um 10 %.

► 30.11.2008 (khd/sp). Der **Ökonom Dennis Snower schlägt eine dynamische Mehrwertsteuer vor**. Eine „antizyklische Mehrwertsteuer“ wäre vorteilhaft. Je stärker die Rezession sei, desto niedriger wird die Mehrwertsteuer. Wenn es einen Aufschwung gibt, soll die Mehrwertsteuer wieder steigen. Dann würde jeder wissen, daß die Abgabensenkung nur temporär sei, sagte der Kieler Volkswirtschafts-Professor *Spiegel-Online*. [28]

## 12. Woche nach dem L-Crash

► 01.12.2008 (khd/ftd/info-radio). **Japan steht vor einer Deflation**, stellte Wirtschaftsminister Kaoru Yosano fest. „Wir bewegen uns auf die nächste Phase eines sinkenden Verbrauchs zu. Einige nennen es Deflation“, sagte Yosano der *Financial Times*.

► 01.12.2008 (khd/tsp). **Verdi-Chef Bsirke äußert sich zu den Folgen der Finanzkrise**. Im *Tagespiegel*-Interview fordert der Top-Gewerkschafter aus der Krise politische Lehren zu ziehen. So verlangt die Dienstleistungsgewerkschaft Verdi von der deutschen Politik ein entschlosseneres Vorgehen gegen die Wirtschaftskrise: „*Mit Kleckern kommt man dem Problem nicht bei. Wir müssen vielmehr die Konjunktur stützen, etwa, indem wir – wie die Amerikaner, Chinesen und Franzosen es uns vormachen – den Binnenmarkt stärken*“, sagte Bsirke dem *Tagesspiegel*. Der Bundesregierung warf er einen „eigentümlichen Umgang mit der Wirklichkeit vor“. Alles in allem würde Deutschland derzeit einen „Epochenbruch durch die Krise erleben“, der auch zu der Frage führt, „welche Antworten die gesellschaftlichen Akteure auf die aktuellen Herausforderungen haben“.

Bsirke zufolge ist „der Crash an der Wall Street auch die Bankrotterklärung des herrschenden wirtschaftspolitischen Leitbildes, wonach sich der Staat raushalten soll und die Wirtschaft sich selbst reguliert. Die These von den Selbstheilungskräften des Marktes hat sich als Legende entlarvt. Ein grandioses Desaster“, sagte der Verdi-Chef. Angesichts der „völlig

neuen Dimension der Krise“ plädierte er für umfangreiche Regulierungen, unter anderem müßten „die Bilanzen die tatsächlichen Risiken abbilden“, und eine andere Verteilungspolitik. [30]

► 01.12.2008 (khd/info-radio). In Stuttgart beginnt ein **Parteitag der CDU**. Auf ihm soll u. a. die CDU-Haltung zur Senkung von Steuern festgeklippt werden. Soweit bekannt sollen das aber nur Senkungen der Einkommenssteuer sowie von Unternehmenssteuern sein, für die sich vor allem Lobbyisten wie Neo-Liberalist Merz (der mit der Steuererklärung auf einem Bierfilz) stark machen. Da solche Steuersenkungen aber erst ab 2010 erfolgen sollen, sind sie akut sowieso nicht krisenwirksam.

Die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel (CDU) erklärt erneut, daß ihre Regierung jetzt wegen „der Verantwortung vor dem Steuerzahler und kommenden Generationen“ keine weiteren Konjunkturmaßnahmen ergreifen werde, auch wenn es daran vielerorts Kritik gebe. Man wolle zunächst sehen, wie es im Januar aussieht und dann in der Koalition neu entscheiden. Deutschland werde sich „alle Optionen offenhalten“, sagte die Kanzlerin in Stuttgart. Es könnte also noch 2 Monate dauern, bis auch die Bundesregierung ein die Nachfrage direkt förderndes Konjunkturprogramm ins Auge faßt. *Der Spiegel* titelt heute: „**Angela mutlos – Das gefährliche Zaudern der Kanzlerin in der Wirtschaftskrise**“.

Das Vorgehen der Bundesregierung ist angesichts der deflationären Tendenzen sehr riskant. Denn wegen der Trägheit (delay) der Wirtschaftssysteme muß eine Konjunkturspritze (mindestens 1 % des BIPs) immer rechtzeitig erfolgen. Startet man in einer Rezession (und in der befinden wir uns seit Mai/Juni) die staatliche Nachfrage-Stützung nur einige Monate zu spät, kann die Deflations-Abwärtsspirale meist nicht mehr gestoppt werden.

Sollte das derzeitige Nicht-Handeln – das Sparen – der Bundesregierung ins Auge gehen, dann wird dieser Großen Koalition ewig der Vorwurf anhaften, nichts aus dem falschen Handeln der Reichsregierung zwischen 1930 und 1932 unter dem Kanzler Dr. Heinrich Brüning [29a] (*Zentrum*) und seinem Finanzminister und Vizekanzler Dr. Hermann Dietrich (DDP) gelernt zu haben. Bundesfinanzminister Steinbrück (SPD) mußte schon mal gegenüber dem *Spiegel* eingestehen (Heft 49/2008, Seite 38), daß ihm der Name Hermann Dietrich nichts sagt. Vielleicht sollte Volkswirt Steinbrück mal ins

Internet schauen [29b]. Dort könnte er auch gleich lernen, wie sich damals die Sozialdemokraten an der Murks-Politik der Konservativen beteiligten.

► 01.12.2008 (khd/ftd). **Bei Finanzinstituten schlummern noch Schäden in Milliardenhöhe.** Deshalb sieht auch der Chefvolkswirt von Goldman Sachs, Jan Hatzius, kein Ende der Finanzkrise. „Bis jetzt summieren sich die durch die Immobilienkrise entstandenen Verluste bei Banken, Fonds und Versicherungen auf etwa 800 Mrd. \$. Es gibt Schätzungen, daß der Gesamtschaden mindestens 1400 Mrd. \$ betragen wird. Also sind Verluste in Höhe von mindestens 600 Mrd. \$ noch nicht bekannt. Die Hälfte davon dürfte im US-Bankensektor anfallen“, sagte Hatzius der *Financial Times Deutschland*. Und natürlich werden davon auch wieder reichlich Investoren in Europa betroffen sein. [31]

► 01.12.2008 (khd/d-radio). **Die 15 Länder der Euro-Zone lehnen Mehrwertsteuer-Senkungen ab.** Das teilte der Vorsitzende der Euro-Finanzminister, der luxemburgische Premier und Ressortchef Jean-Claude Juncker, am Abend nach mehrstündigen Beratungen in Brüssel mit. Die Euro-Länder folgen damit nicht dem Beispiel Großbritanniens, das zur Ankurbelung der Konjunktur die Mehrwertsteuer temporär herabgesetzt. Juncker sagte, es sei unsicher, ob es bei ein solchen Steuersenkung über die Preise Effekte auf den Verbrauch gebe.

Auch Bundesfinanzminister Peer Steinbrück hat schwere Vorbehalte gegen befristete Mehrwertsteuer-Senkungen. Bei einer Senkung der Mehrwertsteuer bestehe außerdem das Problem, ob der Handel die Senkung tatsächlich an die Verbraucher weitergebe, heißt es.

► 02.12.2008 (khd/sp/info-radio). **Der Geldmarkt funktioniert noch immer nicht.** Auch 6 Wochen nach Einführung des 500-Milliarden-Rettungspakets des Bundes für die Banken ist die Kreditklemme in der Wirtschaft kaum gelockert. Denn die Banken leihen sich untereinander noch immer kein Geld. Für viele Unternehmen – darunter viele Start-ups – wird es daher immer schwieriger, an Bank-Darlehen zu kommen. Viele mittelständische Firmen stehen bereits vor der Pleite, nur weil die Banken sich ihrer Verantwortung für die Realwirtschaft noch immer nicht bewußt sind. Der Lobbyist Bundesverband deutscher Banken (BdB) streitet hingegen eine Kreditklemme ab.

Es rächt sich nun, daß die Große Koalition auf die freiwillige Teilnahme der Banken an dem staatlichen

Notprogramm gesetzt hat. Andere Länder waren da schlauer und führten einen gesetzlichen Zwang ein. Das halbherzige Banken-Rettungsprogramm droht deshalb zu verpuffen.

► 02.12.2008 (khd/ag/info-radio). **Gewerkschaften wollen Barschecks für Deutschlands Bürger.** Um der Wirtschaftskrise zu begegnen und die Konjunktur anzukurbeln plädieren Gewerkschaften nun für die Ausgabe von Barschecks an alle Bürger Deutschlands. Zwischen 250 und 500 Euro sollen die Barschecks betragen, was eine Konjunkturspritze von bis zu 40 Mrd. Euro darstellen würde. Damit das Geld auch schnell genug Wirkung entfalte, müßten die Barschecks innerhalb von 90 Tagen ausgegeben werden. Begründet wird die Forderung damit, daß die wirtschaftlichen Folgekosten eines langen Abschwungs höher seien als die Ausgaben für ein solches Wachstumspaket.

Verdi-Chef Bsirske sagte der *Neuen Osnabrücker Zeitung* von heute, um die Binnenkaufkraft zu erhöhen, müßten Barschecks in Höhe von 500 Euro ausgegeben werden. Außerdem müßten die Hartz-IV-Regelsätze auf 420 Euro monatlich erhöht werden. Kein probates Mittel zur Ankurbelung der Konjunktur seien Steuerschecks, deren Einführung die SPD prüfen will. Sie kämen nur den Steuerzahlern zugute, so IG-BCE-Chef Schmoldt. Nötig sei aber ein sehr kräftiger Anschub der Binnennachfrage, zumal diese schon seit Jahren daniederliege.

► 02.12.2008 (khd/tsp). **Deutsche Maschinenbauer sind von der Krise besonders betroffen.** Das Geschäft sank bereits um rund 20 %. Vor allem der Export ist davon betroffen. Deutsche Maschinenbauer verkaufen rund 80 % ihrer Produkte ins Ausland.

► 02.12.2008 (khd/dj/d-radio). **Die EU-Finanzminister stimmen dem gemeinsamen Konjunkturprogramm zu.** Über die endgültige Annahme des in der vergangenen Woche von EU-Kommissionspräsident Barroso vorgeschlagenen Pakets über 200 Mrd. Euro (1,5 % des EU-BIPs) werden am 11. und 12. Dezember die EU-Staats- und Regierungschefs auf dem Gipfel in Brüssel entscheiden. Von dem Gesamtpaket sollen die EU-Länder 170 Mrd. Euro tragen, 30 Mrd. Euro sollen aus dem EU-Haushalt finanziert werden.

► 03.12.2008 (khd/sz). Wer mal im Strafgesetzbuch nachgeschaut hat, der hat dort nichts von einer „**Straftat Geldverbrennung**“ gefunden. Das war schon bei der strafrechtlichen Bearbeitung des Berliner Bankenskandals mißlich und sehr

hinderlich. Daß das im Strafrecht noch immer nicht vorkommt, könnte jetzt nach Finanzkrise, Bankenkrise und Wirtschaftskrise zu einer Krise des Strafrechts führen. Dieser Frage geht heute Heribert Prantl in einem Kommentar [32] der *Süddeutschen Zeitung* nach: „Die Straßjustiz wird den Verdacht ausräumen müssen, dass sie vor der Größe der finanziellen Katastrophe kapituliert. Sie wird den Verdacht entkräften müssen, dass ihre Mittel und Möglichkeiten in dem Maß abnehmen, in dem mehr Nullen an einer Schadenssumme hängen“, schreibt Prantl (siehe Kasten auf Seite 16)

Jeder kleine Ladendieb muß sich strafrechtlich verantworten. Warum sollte das nicht auch für alle die gelten, die sich aus Eigennutz am Entstehen und Verstärken der Finanzkrise beteiligten und damit die Menschheit in ein Desaster stürzten?

► 03.12.2008 (khd/sz/d-radio). Nach einem Bericht der *Süddeutschen Zeitung* **arbeitet die Bundesregierung bereits an einem echten Konjunkturprogramm**. Offensichtlich ist die massive öffentliche Kritik an den bislang von der Großen Koalition gegen die Rezession ergriffenen Maßnahmen wie Bankenrettungspaket und Konjunkturpäckchen (siehe Seite 6) bei der zaudernden Krisen-Kanzlerin Merkel angekommen. Insbesondere die Vorhaltungen im *Spiegel*-Titel „Madame No“ waren deutlich. Aber vielleicht will sie ja auch vermeiden, in die Geschichte als „Madame Brüning“ [29a] einzugehen, die sich ein Schuldenmachen für die Volkswirtschaft ersparen wollte. Zudem ist in einer sich abzeichnenden deflationären Phase jedes Zaudern und Zögern ein negatives Signal für den Markt. [34]

► 03.12.2008 (khd/dw). **Auf Island sind die Proteste militanter geworden**. Am Montag Abend (1.12.2008) haben mehr als hundert Demonstranten in Reykjavik die isländische Zentralbank gestürmt. Die wirtschaftliche Lage Islands ist sehr ernst. Die Inflationsrate nähert sich bei dramatisch steigenden Arbeitslosenzahlen derzeit den 20 %.

Bei einer gestern veröffentlichten Umfrage erklärten nur noch 32 % der befragten Isländer, daß sie noch Vertrauen zur konservativen Regierung haben. Mit 33 % wurden die oppositionellen Linksrünen bei der Umfrage stärkste Partei. Die konservative Selbständigkeitspartei als traditionell dominierende politische Kraft auf Island kam nur noch auf 21 % gegenüber 36,6 % bei den Wahlen 2007.

► 03.12.2008 (khd/tsp/info-radio). In Deutschland wird die **Zahl der Firmenpleiten 2008 rund 30.000**

betragen. Das wäre ein Anstieg um etwa 2,2 % gegenüber dem Vorjahr. Für 2009 wird angesichts der Weltwirtschaftskrise mit einer deutlichen Zunahme der Insolvenzen gerechnet.

► 03.12.2008 (khd/tsp/info-radio). Der **US-Auto-industrie geht es noch schlechter** als bislang gedacht. Forderten Chrysler, Ford und General-Motors (GM) bisher neue Staats-Kredite von 25 Mrd. \$ zum Überleben, so wurden daraus im gestern dem US-Kongress vorgestellten Umbaukonzept 34 Mrd. \$. Zur Neuausrichtung gehört auch der Verkauf der schwedischen Autobauer Volvo (Ford-Tochter) sowie Saab (GM-Tochter). Die Chefs von Ford und GM erklärten sich bereit, für ein Jahresgehalt von 1 Dollar zu arbeiten. Experten befürchten, daß mindestens 100 Mrd. \$ notwendig sein werden, um die 3 Konzerne zu retten.

► 04.12.2008 (khd/info-radio). Die **Bundesregierung will trotz Finanzkrise an ihrem Privatisierungskurs festhalten**. Einer entsprechenden Vorlage des Finanzministers stimmte gestern das Bundeskabinett zu. Der Bund bekräftigte darin, welche Unternehmen oder Beteiligungen er ganz oder teilweise verkaufen möchte: Die Deutsche Telekom, die Deutsche Bahn, die Flughäfen Köln/Bonn, München und Berlin-Schönefeld, den Duisburger Hafen, das Gästehaus Petersburg, TLG Immobilien, die Deutsche Flugsicherung sowie das Deutsches Institut für tropische und subtropische Landwirtschaft.

► 04.12.2008 (khd/tsp/info-radio). In Berlin sollen hingegen Teile der erst in den 1990er-Jahren privatisierten **Gasag wieder ins Landeseigentum** übernommen werden. Angestrebt werde eine Sperrminorität von 25,1 % am Gasverteilnetz, um das entstandene Monopol aufzubrechen, heißt es. Der Verkauf der Berliner Gaswerke sei ein Fehler gewesen.

► 04.12.2008 (khd/sp/info-radio). In Deutschland werden mögliche **Maßnahmen zur Konjunktur-anregung** heftig diskutiert. Fast jeden Tag wird eine neue Idee geboren: Einkommenssteuersenkung, Mehrwertsteuersenkung, Soli abschaffen, Pendler-Pauschale wieder voll gewähren, Investitionen in die soziale Gerechtigkeit, Investitionen in den Klimaschutz, nachhaltige Bau-Investitionen, Bau von Breitbandnetzen, Investitionen in die Bildung, Investitionen in die Forschung, Investitionen in die Geowärme, Konsums-checks, staatliche Rabattmarken, steuerfreies Weihnachtsgeld, intelligente Stromzähler usw. [33]

► 04.12.2008 (khd/d-radio). In Deutschland hat die **Zahl der Niedrigverdie-**

## ***Straftat Geldverbrennung***

**Alle Welt redet von der Finanzkrise, von der Bankenkrise und von der Wirtschaftskrise.  
Von der Krise des Strafrechts redet noch niemand.**

Kommentar aus: *Süddeutsche Zeitung*, München, 3. Dezember 2008, Seite ?? (Wirtschaft) von HERIBERT PRANTL. [32].

Das könnte sich schnell ändern, wenn die Staatsanwaltschaften dabei scheitern, die Machenschaften von Bankmanagern, das Aufsichtsversagen von Verwaltungs- und Aufsichtsräten und die dabei verursachten Milliarden Schäden nachvollziehbar zu bewerten.

Was bedeutet das – „nachvollziehbar bewerten“? Die Staatsanwaltschaften müssen klären und erklären, ob und wie das Strafrecht in diesen Fällen greift. Wenn es nicht greift, muss plausibel erklärt werden, warum nicht.

Aufgabe des Strafrechts ist der Schutz des Zusammenlebens der Menschen; das Strafrecht ist eine Schutz- und Friedensordnung. Kaum etwas anderes aber hat in jüngerer Zeit den inneren Frieden der Gesellschaft so zerrüttet wie die Finanzkatastrophe.

Die Milliardengelder der Steuerzahler, die der Staat nun zur Rettung der Banken einsetzt, fehlen womöglich in den nächsten Jahren, um Bildung und Sicherheit zu finanzieren.

Muss der bayerische Staat wegen der Lasten, die er für die Bayerische Landesbank schultern muss, demnächst bei den Schulen oder bei der Polizei sparen? Der bayerische Finanzminister hat soeben auf diese Frage so geantwortet: „Da ist derzeit keine Antwort möglich.“ Das Risiko ist jedenfalls hoch.

Die Bankmanager und jene, die sie nicht ausreichend beaufsichtigten, haben Geld verbrannt – so viel Geld, dass darunter die soziale und die innere Sicherheit leiden wird.

Nun folgt aus den ungeheuer großen finanziellen Schäden noch nicht per se, dass hier Straftaten vorliegen. Die Größe eines Schadens indiziert nicht automatisch, dass der Schaden durch eine Straftat verursacht worden ist. Aber die Größe eines Schadens bedeutet auch nicht automatisch, dass Straftaten auszuschließen sind.

Die Strafjustiz wird den Verdacht ausräumen müssen, dass sie vor der Größe der finanziellen Katastrophe kapituliert. Sie wird den Verdacht entkräften müssen, dass ihre Mittel und Möglichkeiten in dem Maß abnehmen, in dem mehr Nullen an einer Schadenssumme hängen.

Es gibt den Straftatbestand der Untreue. Die Vorschrift bestraft den Missbrauch der Befugnis, über fremdes Vermögen zu verfügen. Sie bestraft die Verletzung der Pflicht, fremde Vermögensinteressen ordentlich wahrzunehmen. Es handelt sich um die schwierigste Vorschrift, die das Strafrecht kennt. Es könnte gut sein, dass sich im Zuge der Ermittlungen zu den Finanzkatastrophen zeigt, dass sie nicht vernünftig anwendbar ist. Dann ist es Aufgabe des Gesetzgebers, sie anwendbar und praktikabel zu machen. Auch das könnte eine gute Folge des Milliardenesasters sein.

Mit der gewaltigen Finanzkrise geht eine Vertrauenskrise einher, sie betrifft die Glaubwürdigkeit des wirtschaftlichen Systems und die Handlungsfähigkeit des Staates. Die Vertrauenskrise wird das Strafrecht erfassen, wenn dieses Strafrecht nicht plausibel reagiert.

Sicherlich: Es gibt immer eine Distanz zwischen der Juristerei und dem, was man natürliches Rechtsempfinden nennt. Dazwischen liegen oft viele Regalmeter voll mit Gerichtsurteilen, Kommentarwerken und Lehrbüchern. Aber: Diese Distanz darf nicht zu gewaltig werden – sonst geht die Akzeptanz des Rechts kaputt.

Bei den notwendigen Ermittlungen zum Banken- und Finanzdesaster geht es also um die Zukunft des Strafrechts: Ist es ein Recht für und gegen alle? Oder ist es ein Recht nur gegen die Unter- und Mittelklasse? Ein Recht, das sich in der gesellschaftlichen Stratosphäre auflöst, verdient diesen Namen nicht.

**ner stark zugenommen.** Rund 630.000 Menschen müssen zusätzlich soziale Staatshilfe (ALG-2) in Anspruch nehmen. Der Lohn dieser „Aufstocker“ reicht nicht zum Leben aus. In Deutschland gibt es noch immer keinen generellen gesetzlichen Mindestlohn. In der amtlichen Arbeitslosenstatistik tauchen diese Niedrigverdiener nicht auf.

► 04.12.2008 (khd/info-radio). Die **Europäische Zentralbank (EZB) senkt den Leitzins** um absolut 0,75 % auf 2,50 %. So deutlich ging es noch nie bei der EZB nach unten. In Großbritannien wurde zur Bekämpfung der Deflationsgefahr der Leitzins sogar von 3,00 auf 2,00 % gesenkt. Schweden senkt den Leit-

zins drastisch um absolut 1,75 % auf 2,00 %. Es wird mit weiteren Zinssenkungen gerechnet.

► 04.12.2008 (khd/info-radio). Der **Bundestag beschließt den steuerlichen Teil des Konjunkturpakets** (siehe Seite 6) der Bundesregierung. Die Opposition (FDP, Grüne, Linke) stimmte komplett dagegen, nachdem sie in der Debatte die Regierung heftig kritisiert hatten. Redner der Opposition hielten das Programm als „nicht ausreichend“, um eine entscheidende Konjunktur-Wirkung auszulösen. Die Bundesregierung *erhofft sich* (!) aber bis zu 50 Mrd. Euro an Investitionen von Unternehmen, Privathaushalten und Kommunen sowie die „Sicherung von 1 Million Arbeitsplätzen“.

Der finanzielle Aufwand der öffentlichen Hände dafür beträgt aber nur etwa 11 Mrd. Euro (dazu sind sehr unterschiedliche Zahlen zwischen 3 und 25 Mrd. Euro im Umlauf), wovon den größten Teil die Länder tragen sollen (etwa 61 %), weshalb es noch Streit im Bundesrat geben wird. Es ist sowieso unverständlich, warum der Bund in dieser außerordentlichen Krisensituation nicht von vornherein alle Kosten des Kampfes gegen eine Deflation übernimmt.

► 05.12.2008 (khd/tsp/d-radio). Auch **beim Lastwagenbauer MAN stehen demnächst für 40–50 Tage die Bänder still**. Zwischen Juli und September wurden bei MAN nur 14.000 Lkw bestellt, halb so viele wie im Jahr zuvor. Das liege auch daran, daß Banken für den Lkw-Kauf keine Kredite mehr bewilligen. „Wir haben eindeutig eine Kreditklemme, das ist nicht normal“, sagt MAN-Vorstand Hornung. Er widerspricht damit dem BdB-Lobbyverband, der unlängst eine Verknappung der Kredite dementiert hatte. Es ist aber ein weiterer Hinweis darauf, daß das Banken-Rettungspaket der Bundesregierung nicht richtig funktioniert. MAN wird außerdem alle Leiharbeiter entlassen.

► 05.12.2008 (khd/ard). **73 % der Bundesbürger haben Sorge wg. der heraufziehenden Weltwirtschaftskrise**. Das folgt aus der aktuellen Umfrage von Infratest-dimap für die ARD (Deutschland-Trend). Dabei stehen die Sorge um den Arbeitsplatz und ums Ersparnis im Vordergrund.

Zwar ist das nicht aus der Umfrage ablesbar, aber vor allem ältere Menschen erinnern sich natürlich daran: Große Wirtschaftskrisen hatten in der Vergangenheit allzuoft Kriege sowie Abwertungen der Währung (Währungsschnitt) zur Folge. Das ist heute ein für Deutschland (und Europa) eher unwahrscheinliches

Szenario, aber unmöglich ist es nicht, was natürlich Ängste heraufbeschwört.

► 05.12.2008 (khd/tsp/info-radio). **Deutsche schränken Konsum aus Angst ein**. In der Rezession verzichten jetzt immer mehr Deutsche auf geplante Autokäufe (47 %), Restaurantbesuche und teuren Urlaub (je um 30 %). Das ergab eine Studie der Ernst & Young aufgrund von Erhebungen im November, die gestern in Stuttgart vorgestellt wurde. Die „*Zukunftsängste führen zu deutlichen Sparanstrengungen*“. Deshalb werden Discounter und Anbieter von Waren im Niedrigpreissegment Krisengewinner sein, heißt es.

Eine solche Kaufzurückhaltung ist ein weiterer Indikator für eine drohende Deflation. Außerdem zeigt sich, daß die Erwartungen der Bundesregierung auf eine Stärkung des Autokaufs durch Kfz-Steuererlaß (siehe Seite 6) wohl kaum aufgehen wird.

► 05.12.2008 (khd/info-radio). In Deutschland ist im November die **Stahl- und Eisen-Produktion bereits um rund 20 % eingebrochen**. Das teilte heute das Statistische Bundesamt (Wiesbaden) mit. In Ost-Deutschland ist der Einbruch durch die Wirtschaftskrise mit fast 50 % noch deutlicher.

► 05.12.2008 (khd/info-radio). Der **Bundesrat stimmte heute dem Konjunkturpaket** (siehe Seite 6) **der Bundesregierung zu**. Das überraschte, es waren aber einige Krisensitzungen zur Klärung der Lastenverteilung zwischen Bund und Ländern vorausgegangen.

► 05.12.2008 (khd/info-radio). Die Deutsche Bundesbank geht jetzt für 2009 von einem **Konjunktуреinbruch von preisbereinigt 0,8 %** aus. Noch im Juli – lange vor dem Lehman-Crash – hatte die Bundesbank für 2009 ein Wachstum der deutschen Wirtschaft von 1,4 % prognostiziert. Im Jahr 2009 wird ein Ansteigen der Arbeitslosigkeit um 100.000 erwartet.

Für 2010 sagt die Bundesbank bereits wieder ein Wachstum der deutschen Wirtschaft um 1,2 % voraus, was angesichts der Faktenlage doch sehr verwundert und wohl eher Wunschdenken ist.

► 05.12.2008 (khd/sp/d-radio). Die **Arbeitslosen-zahl in den USA ist im November auf xxx (17,8 Mio.?) hochgeschneit**, was eine Quote von 6,7 % bedeutet (Oktober 6,5 %). Im November ging die Zahl der Arbeitsplätze um 533.000 gegenüber Oktober zurück – das größte monatliche Minus seit 1974. Dabei handelt es sich um vorläufige Zahlen des Washingtoner Arbeitsministeriums.

Es ist der 11. Monat in Folge, daß die Beschäftigung in den USA sinkt. Binnen eines Jahres sind damit 2,7 Mio. Arbeitsplätze weggefallen. Zu Beginn der derzeitigen Rezession in den USA im Dezember 2007 hatte die Arbeitslosenquote noch bei 5,0 % gelegen. Zum Vergleich: In Deutschland lag im November die Arbeitslosenquote bei 7,1 %.

Für Ende 2009 wird in den USA eine Arbeitslosenquote von 9 % erwartet, was eine drastische Zunahme um rund 6 Millionen Arbeitslose bedeuten würde. Obwohl der US-Leitzins nur noch 1,0 % beträgt, wird die US-Notenbank Fed versuchen, der Rezession mit weiteren Zinssenkungen zu begegnen. Der künftige US-Präsident Obama plant nach seiner Amtsübernahme im Januar, ein Konjunkturprogramm in dreistelliger Milliardenhöhe aufzulegen (vermutlich 500 Mrd. Dollar). Die Arbeitsmarkt-Zahlen seien furchtbar, sie „unterstreichen das Rezessions-Szenario in den USA“, sagte Volkswirt Lothar Hessler von HSBC Trinkaus. Es gebe überhaupt keinen Grund mehr, noch am Aktienmarkt zu investieren, was natürlich auch für Deutschland gilt. [36]

► 05.12.2008 (khd/d-radio). Der **Bundestag senkt den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung von derzeit 3,3 % auf 2,8 %**. Die Senkung ist befristet bis Mitte 2010. Danach wird der Beitrag wieder angehoben auf 3,0 %.

Daß diese Absenkung jetzt in der Weltwirtschaftskrise prozyklisch erfolgt, ist riskant. Denn alle Indikatoren sprechen dafür, daß genau in dieser Zeit auch in Deutschland die Arbeitslosigkeit ansteigen wird. Abzulesen an dieser seit längerem geplanten Senkung ist aber auch, daß sich die Politik sehr schwer tut, auf aktuelle Ereignisse schnell und adäquat zu reagieren. Es wird schlichtweg das (Partei-)Programm abgearbeitet.

► 06.12.2008 (khd/mm/d-radio). Bundesbildungsministerin Schavan (CDU) schlägt für den Kampf gegen die Rezession ein **4,6-Milliarden-Euro-Programm für Bildungseinrichtungen** vor. Danach soll jede Schule in Deutschland 100.000 Euro und jede Hochschule 500.000 Euro vom Staat erhalten, um schnell notwendige „Renovierungen und Modernisierungen“ anzustoßen. Schavan sagte der *Süddeutschen Zeitung*, sollten Anfang 2009 weitere Maßnahmen gegen die Rezession nötig werden, müsse die Regierung einen „ganz großen Treffer“ setzen.

► 06.12.2008 (khd/ftd). Der Ölpreis hat gestern erneut fast 3 \$ oder 6,5 % nachgegeben: Für 1 Faß (159

Liter) US-Leichtöl der Sorte WTI SPOT wurden nur noch 40,81 \$ bezahlt. Damit ist der **Öl-Preis seit Wochenanfang um 25 % abgerutscht**. Das ist der stärkste Einbruch seit 1991, der Zeit des ersten Einmarsches der USA in den Irak. Der Rohölpreis liegt nunmehr auf dem Niveau von Dezember 2004.

► 06.12.2008 (khd/tsp). Etwa **120.000 Leiharbeitern droht 2009 die Arbeitslosigkeit**, schätzt die Gewerkschaft Verdi. Bereits zu Weihnachten werde es bei Auto-Zulieferern eine größere Kündigungswelle für Zeitarbeiter geben, heißt es.

► 06.12.2008 (khd/cnn). Als Antwort auf die globale Finanz- und Wirtschaftskrise planen 8 zentral-amerikanische Länder die **Einführung einer Einheitswährung in Mittelamerika**. Außerdem soll ein gemeinsamer Finanzfonds gebildet werden. El Salvador und Panama nutzen derzeit den US-Dollar als alleinige Währung, während die anderen Staaten Belize, Costa Rica, die Dominikanische Republik, Guatemala, Nicaragua und Honduras eigene Währungen mit jeweils unterschiedlichen Wechselkursen zum US-Dollar haben.

► 06.12.2008 (khd/d-funk). Die **Finanzkrise muß für mehr Klimaschutz genutzt werden**. Diese Ansicht äußerte der Präsident des Umweltbundesamts, Andreas Troge, im *Südwestrundfunk* (SWR). Wenn etwa die Kfz-Steuer schnell auf den Schadstoffausstoß umgestellt und mehr in die Wärmesanierung von Gebäuden investiert würde, „sparen wir damit Energie, entlasten die Haushaltskassen und die Kassen der Unternehmen“, sagte Troge. Er warnte zudem davor, die Finanzkrise zum Argument gegen Klimaschutz zu machen: „Irgendeine Ausrede gibt es immer“.

► 06.12.2008 (khd/info-radio). Auch die **deutsche Auto-Branche fordert einen staatlichen Rettungsschirm**. Insbesondere Zulieferer und Auto-Banken haben derzeit wg. der Kreditblockade bei den Geschäftsbanken erhebliche Finanzierungsprobleme, heißt es. BMW-Finanzvorstand Eichner forderte deshalb staatliche Hilfen für angeschlagene Zulieferfirmen. In einer so schwierigen Krisensituation müsse der Staat einspringen, sagte Eichner dem *Focus*.

Muß er vielleicht nicht, denn vermutlich läßt sich diese Kreditklemme durch eine Änderung des „**Finanzmarkt-Stabilisierungsgesetzes**“ ([35], Bankenrettungspaket des Bundes vom 17. Oktober 2008) aufheben, indem man den Zwang zur Inanspruchnahme staatlicher Hilfen für alle Banken einführt. Ob aber die Bundesregierung dar-

an bereits arbeitet, ist eher unwahrscheinlich, müßte sie doch eingestehen, daß sie einen kapitalen Fehler gemacht hat.

► 07.12.2008 (khd/sp). Das Urteil ist vernichtend: **Die Bundesregierung tut nicht genug gegen die Rezession** – das ist die einhellige Meinung der Top-Manager von 8 großen deutschen Konzernen (u. a. Adidas, BASF, Bayer, Bosch, Heidelberger Druck, Porsche, Volkswagen), die der *Spiegel* befragt hat (Heft 50/2008, Seite 24). Sie verlangen dringend ein stärkeres Eingreifen gegen die Finanzkrise und eine bessere Kreditversorgung von Seiten der Banken.

„Wir müssen auf jeden Fall verhindern, daß die Krise zum verheerenden Flächenbrand eskaliert“, sagte VW-Chef Winterkorn. Man erlebe „eine absolute Ausnahmesituation – mit den herkömmlichen politischen und wirtschaftlichen Instrumenten kommen wir da nicht weiter“. Und Bosch-Chef Fehrenbach sagte: „Es ist unverantwortlich, wenn im Kern gesunde Unternehmen in den Ruin getrieben werden, weil sie sich nicht mehr refinanzieren können.“

► 07.12.2008 (khd/bz). Wg. der sich verschärfenden Wirtschaftskrise könnte der allgemeine **Krankenkassenbeitrag von 15,5 % schon sehr bald steigen**. Erst vor wenigen Wochen hatte die Bundesregierung im Rahmen ihrer total vermurksten ‚Gesundheitsreform‘ diesen ab 1.1.2009 geltenden einheitlichen Bruttolohn-Satz für den neuen Gesundheitsfonds festgelegt. Wächst aber demnächst die Arbeitslosigkeit, so Experten, fehlen den gesetzlichen Krankenkassen bis zu 2 Mrd. Euro. Das berichtet der *Spiegel* in seiner neuesten Ausgabe (Heft 50/2008).

► 07.12.2008 (khd/bild). Die **zaudernde** Bundeskanzlerin Merkel (CDU) hat hochrangige Experten für den kommenden Sonntag (14.12.2008) zu einer **Spitzenrunde im Kanzleramt zur Wirtschaftskrise** eingeladen. Mit dabei sein werden u. a. Vizekanzler Steinmeier (SPD), Wirtschaftsminister Glos (CSU), Finanzminister Steinbrück (SPD), Arbeitsminister Scholz (SPD), sowie Vertreter der privaten Banken, Landesbanken und Sparkassen und einige ausgewählte Wirtschaftswissenschaftler. Merkel sagte der BILD-Zeitung (8.12.2008): „Für eine gezielte Antwort auf die kommende wirtschaftliche Entwicklung brauchen wir eine umfassende und sorgfältige Analyse, zu der ich ausgewählte Experten einladen werde.“

► 07.12.2008 (khd/info-radio). Zur Entlastung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern hat Bundeswirtschaftsminister Glos (CSU) gefordert, den geplanten

**einheitlichen Krankenkassenbeitrag deutlich zu senken**. Glos sagte der *Bild am Sonntag*, die staatlichen Zuschüsse für den Gesundheitsfonds könnten im kommenden Jahr von 4 auf 14 Mrd. Euro erhöht werden. Das helfe der Konjunktur, da Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Rentner schnell und spürbar profitierten. Wer beispielsweise 2.000 Euro Brutto im Monat verdiene, zahle so rund 20 Euro weniger an seine Krankenkasse als bisher geplant. Der einheitliche Beitrag zur gesetzlichen Krankenkassenversicherung soll ab 1. Januar 15,5 % des Bruttolohns betragen.

## 13. Woche nach dem L-Crash

► 08.12.2008 (khd/info-radio). Im *Info-Radio Berlin* (Wdh. vom 7.12.) wundert sich der politikerfahrene 84-jährige Journalist und Publizist Peter Scholl-Latour darüber, daß die Europäer – bis auf die Briten – noch **nicht den außerordentlichen Ernst der Lage bei der Weltwirtschaftskrise erkannt** haben. Besonders in Deutschland herrsche noch immer eine Gelassenheit vor, die angesicht der Fakten völlig unverständlich sei. Anders in den USA: Die Amerikaner haben bereits verstanden, daß diese Rezession eine größere Dimension als die Erstaufgabe von 1929–1933 („Great Depression“) haben wird.

► 08.12.2008 (khd/taz/d-radio). Der Chefvolkswirt der UN-Welthandelskonferenz, **Flassbeck, fordert ein großes staatliches Konjunkturprogramm**. Flassbeck sagte in der *taz*, die Bundesregierung müsse sofort ein Programm auflegen, das 2 % der Wirtschaftsleistung (BIP), also rund 50 Milliarden Euro, entspricht. Der Wirtschaftsexperte warf der deutschen Politik vor, die wirklichen Dimensionen der Rezession nicht begriffen zu haben. Niemand wisse, wie lange diese Krise andauern werde. Die Prognosen der Bundesbank, daß bereits 2010 in Deutschland wieder ein Wachstum von 1,2 % zu erwarten sei, nannte Flassbeck „völligen Quatsch und unverantwortlichen Optimismus“. [38]

► 08.12.2008 (khd/d-radio). Die Gewerkschaft Verdi will mit einer **Forderung von 8 % mehr Lohn in die anstehende Tarifrunde im öffentlichen Dienst** für die rund 800.000 Beschäftigten gehen. Verdi-Verhandlungsführer Meerkamp sagte den *Stuttgarter Nachrichten*, eine solche Forderung würde gut in die Landschaft einer Rezession passen. Die Bundestarif-Kommission der Gewerkschaft will ihre Forderung am Dienstag (9.12.2008) offiziell beschließen. Die Tarifgemeinschaft der Länder warnt unterdessen vor einem zu hohen Abschluß.

8 % seien „völlig abwegig“. Die Länder könnten nicht so hoch abschließen wie die Kommunen und der Bund. Angesichts der drohenden Deflation mit fallender Nachfrage sei aber staatliches Sparen bei den Löhnen makroökonomisch „völlig falsch“ und kontraproduktiv, entgegnet Rezessions-Experten.

► 08.12.2008 (khd/interhyp/info-radio). Die **Finanzkrise läßt Baugeld billiger werden**. Während die Profis derzeit verzweifelt nach tragbaren Finanzierungen für ihre Immobilien-Projekte suchen (in Berlin sind deshalb schon einige größere Projekte geplatzt), kann sich der kleine Bauherr über besonders günstige Konditionen für sein Hypotheken-Darlehen freuen. Die internationale Bankenkrise hat sich auf die Bauzinsen für die Kunden positiv ausgewirkt. Denn die deutliche Senkung der Leitzinsen auf derzeit 2,5 % durch die EZB erlaubt jetzt das Zurückfahren des Zinsniveaus für Hypotheken-Darlehen durch die Kreditgeber.

Die Best-Konditionen für 20-jährige Baudarlehen stehen derzeit bei 4 % Zins effektiv, was historisch niedrig ist. Die Bestsätze bei Annuitätendarlehen für 5 Jahre Laufzeit liegen derzeit bei 3,65 %, für 10 Jahre bei 3,87 %, für 15 Jahre bei 3,90 %, für 20 Jahre bei 4,03 % und für 25 Jahre Laufzeit bei 3,97 % effektiv.

► 08.12.2008 (khd/tsp). Aus Regierungskreisen fuhr der Tagesspiegel, daß der **Banken-Rettungs-fonds des Bundes bereits 80 Mrd. Euro bewilligt** hat. Weitere 20 Mrd. Euro seien angefragt. Die Zahl der Anträge betrage derzeit insgesamt 17. Namen der hilfsbedürftigen Banken werden – wie im FMS-Gesetz vorgesehen – nicht genannt.

► 08.12.2008 (khd/tsp/info-radio). Um endlich den Interbankenhandel (Geldmarkt) wieder in Gang zu bringen und damit die bestehende Kreditklemme zu beseitigen, plant jetzt die Bundesregierung **Nachbesserungen beim Banken-Rettungspaket**. Denn die Banken ziehen es noch immer vor, ihr aktuell nicht benötigtes Geld bei der Zentralbank zu niedrigeren Zinsen zu parken, statt es anderen Banken zu höheren Zinsen zu leihen – wie das bis zur Finanzkrise üblich war. [39]

► 08.12.2008 (khd/info-radio). Der künftige US-Präsident **Obama hat eine stärkere Regulierung der Finanzmärkte angekündigt**. Dieses werde ein wesentlicher Teil seiner Maßnahmen zur Wiederbelebung der Wirtschaft sein, sagte gestern Obama im TV-Sender NBC. „Banken, Ratingagenturen, Hypotheken-

makler, eine ganze Reihe Leute wird weit mehr zur Verantwortung gezogen werden und sich auch sehr viel verantwortungsvoller verhalten müssen.“ Auf den Finanzmärkten müßten Transparenz, Offenheit und Fairness herrschen, forderte Obama.

► 09.12.2008 (khd/info-radio). Die schwer angeschlagenen US-Autokonzerne **Chrysler, Ford und GM werden einen Notkredit von 15 Mrd. \$ erhalten** – noch vor Weihnachten. Dieser dient als Überbrückung, bis im Februar/März 2009 die künftige Obama-Regierung endgültig über das Fortbestehen der Unternehmen entscheiden kann. Derzeit werden Details und Bedingungen der staatlichen Hilfe ausgearbeitet. In Anhörungen des US-Kongresses wurde vorher deutlich, daß Chrysler und General Motors (GM) de facto pleite sind. Bei Chrysler kommt hinzu, daß der Haupteigentümer – die Heuschrecke Cerberus – nicht bereit war [42], Geld in den Umbau des Unternehmens zu investieren.

► 09.12.2008 (khd/info-radio). Das Bundesverfassungsgericht verkündet das lange erwartete Urteil zur Pendlerpauschale: Die zum 1. Januar 2007 von der Großen Koalition erfolgte **Kürzung der steuerlichen Absetzbarkeit der Wegkosten zwischen Wohnung und Arbeitsplatz ist verfassungswidrig**. Sie verstößt gegen den Gleichheitsgrundsatz. Der Gesetzgeber muß diesen Zustand rückwirkend beenden. Solange dies nicht erfolgt ist, gilt die alte Regelung von vor 2007. Die Bundesregierung wollte mit der Kürzung den Bundeshaushalt konsolidieren. [40]

Das ist erneut eine schallende Ohrfeige aus Karlsruhe [41] für die so wenig durchdachte Politik von CDU + CSU + SPD. Die Karlsruher Richter vom 2. Senat warfen dem Gesetzgeber planloses und willkürliches Handeln vor. Mit den nun erforderlichen Rückzahlungen an Steuerpflichtige hat das Verfassungsgericht ein passant auch ein kleines Konjunkturprogramm zur Steigerung der Nachfrage mit einem geschätzten Volumen von etwa 7,5 Mrd. Euro aufgelegt. Zu einem solchen Konjunkturprogramm konnte sich ja bislang die Bundesregierung nicht durchringen.

► 09.12.2008 (khd/d-funk). Auch der Fonds-Dienstleister der Sparkassen **Deka-Bank hat 2008 fast 1 Mrd. Euro verloren**. Es mußten wg. der Turbulenzen am Finanzmarkt sowie der Bankenkrise in Island entsprechende Bewertungsabschläge vorgenommen werden.

► 09.12.2008 (khd/info-radio). **Kurzarbeit in Deutschland**. Inzwischen

mußten bereits folgende Betriebe die Produktion drosseln und Kurzarbeit beantragen, da sie die fehlenden Aufträge nicht mehr durch Abbau von Überstunden und Urlaubstagen auffangen konnten: Arcelor-Mittal (Eisenhüttenstadt), Bosch (Stuttgart), Continental (Hannover), Daimler (Berlin-Marienfelde), Daimler (Ludwigsfelde), Daimler (Sindelfingen), Daimler (Untertürkheim), Georgsmarienhütte (Niedersachsen), Infineon (Regensburg), Klausner (Wismar), K+S (Hessen + Thüringen), Mercedes (Rastatt), Osram (Berlin), Salzgitter (Niedersachsen), Schaeffler (Luckenwalde), Seehafen (Wismar), Witte (Velbert), und viele weitere werden folgen. Kurzarbeiter tauchen nicht in der Arbeitslosenstatistik auf.

► 09.12.2008 (khd/zeit/info-radio). **Japans Rezession ist schlimmer als erwartet.** Die Wirtschaftsleistung (BIP) schrumpft um fast 2 %. Bislang waren nur -0,4 % für 2008 angenommen worden. Große Konzerne wie Sony und Toyota haben den Abbau von Tausenden Arbeitsplätzen angekündigt.

► 10.12.2008 (khd/zt/tsp). Die Weltbank befürchtet als Folge der weltweiten Finanz- und Kreditmisere die **schlimmste Wirtschaftskrise seit der Großen Depression** vor 80 Jahren. „Die Finanzkrise wird wahrscheinlich in der schwersten Rezession seit den 30er Jahren münden“, sagte Weltbank- Chefökonom Justin Lin. Die Weltbank erwartet für 2009 ein globales Wachstum von nur noch 0,9 % nach 2,5 % 2008. Damit fällt die Prognose zur Entwicklung der globalen Konjunktur deutlich düsterer aus als die des Internationalen Währungsfonds (IWF), der Schwesterorganisation der Weltbank, die Anfang November global +2,2 % vorhergesagt hatte. Nach einer IWF-Faustregel bedeutet ein globales Wachstum von unter 3 %, daß die Welt in die Rezession gerutscht ist.

► 10.12.2008 (khd/d-radio). Die **Hypo Real Estate** ist ein **Faß ohne Boden**, darf aber wg. der DEPEFA nicht in die Pleite gehen. Der staatliche Bürgschaftsrahmen mußte um weitere 10 Mrd. Euro auf nunmehr 30 Mrd. Euro erhöht werden.

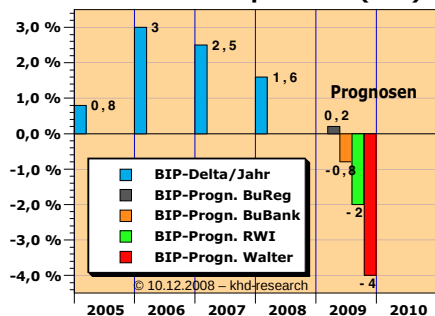
► 10.12.2008 (khd/info-radio). **Von Unternehmen hagelt es nun Gewinnwarnungen.** Die Reduzierung der Umsatz- und Gewinnziele geht jetzt quer durch alle Branchen – von den Auto-Zulieferern bis zu High-Tech-Firmen.

► 10.12.2008 (khd/yahoo/info-radio). Deutsche **Wirtschaftsforscher reduzieren die wirtschaftlichen Erwartungen.** So korrigiert das DIW (Berlin) seine Vorhersage fürs 4. Quartal 2008 auf -0,3 %. Das

RWI (Essen) erwartet für 2009 nur noch ein BIP-Wachstum von -2,0 %, bislang wurden +0,7 % angenommen. Das wäre die niedrigste jährliche Zuwachsrate, die in der Bundesrepublik jemals registriert wurde. Die Arbeitslosenzahl werde bis Ende 2009 um fast 600.000 zunehmen. Es sei zudem nicht zu erkennen, wann sich die wirtschaftliche Lage erholen wird, heißt es.

## BIP-Prognosen für 2009

### Jahres-Zuwachs des deutschen Bruttoinlandsprodukts (BIP)



Dennoch bleibt die Bundesregierung bei ihrer Einschätzung von +0,2 % für 2009. Die Deutsche Bank hat für 2009 in einem Krisenszenario (Rechenmodell Walter) sogar einen Rückgang des deutschen BIPs um 4,0 % in Bezug auf 2008 ermittelt ( $p = 0,3$ ). Und auch sonst sprechen alle Indikatoren sowie die von der Bundesregierung bereits begangenen Fehler (Bankenrettung funktioniert nicht richtig [39], bis Ende November 2008 kein echtes Konjunkturprogramm zustande gebracht) dafür, daß die deutsche Wirtschaft 2009 auf mindestens  $-2,6 \% \pm 0,4 \%$  abfällt ( $p = 0,6$ ). Bei einem solchen Einbruch braucht aber eine Volkswirtschaft – zumal in einer Weltwirtschaftskrise – Jahre, um sich nachhaltig zu erholen. Insofern sind in der Tat alle Aussagen, bereits 2010 sei die Krise (durch neues Wachstum) überwunden, nur Beruhigungsspielen fürs Volk, was man auch Volksverdummung nennen kann.

► 11.12.2008 (khd/dw). **China gerät zunehmend in den Sog der Weltwirtschaftskrise.** Die Regierung hat jetzt die Airlines zur Stornierung von Flugzeugkäufen bei ausländischen Firmen aufgefordert. Die Anweisung der chinesischen Luftfahrtbehörde könnte den europäischen Flugzeug-

bauer Airbus und seinen US-Konkurrenten Boeing sowie deren Zulieferer hart treffen. Derzeit sind rund 450 Airbus-Maschinen in China im Einsatz und 430 in Auftrag. Der chinesische Export ist im November im Vergleich zum Vorjahresmonat um 2,2 % auf 115 Mrd. Dollar gesunken. Davor war er während der letzten 7 Jahre ständig gestiegen – im Oktober noch um 19 %.

► 11.12.2008 (khd/d-radio). **Bundespräsident Horst Köhler fordert eine Weltfinanzkonferenz** nach Vorbild der Bretton-Woods-Konferenz von 1944, die die Ursachen der globalen Finanzkrise aufarbeiten soll. Dies sei bisher versäumt worden. In der US-Kleinstadt bei Washington war damals die Grundlage für das Währungs- und Finanzsystem der Nachkriegszeit gelegt worden.

► 11.12.2008 (khd/sz/d-radio). **Bundespräsident Horst Köhler kritisiert auch die deutschen Landesbanken.** Da die meisten Institute seit Jahren über „kein wirtschaftlich tragfähiges Geschäftsmodell“ verfügten, hätten sie hochriskante Anlagegeschäfte getätigt, die mit ihrem ursprünglichen Auftrag nichts mehr zu tun gehabt hätten.

Auch die Besetzung der Aufsichtsräte bei den Landesbanken müsse überdacht werden. Zwar sei er nicht generell dagegen, daß Politiker in diesen Gremien säßen. Ein politisches Mandat allein reiche als Qualifikation aber nicht aus.

Im Berliner Banken-Skandal (BGB-Skandal) war das besonders deutlich zu beobachten – wie unfähige Politiker eine landeseigene Großbank „kontrollierten“. Keiner der vielen BGB-Aufsichtsräte wollte seit 1994 etwas von den enormen BGB-Unregelmäßigkeiten bemerkt haben. Sie sahen schlichtweg nichts und wußten später von nichts.

► 11.12.2008 (khd/sp/info-radio). Die Gewerkschaft **IG Metall hat Forderungen zur Bekämpfung der Finanz- und Wirtschaftskrise gestellt.** Es müsse alles unternommen werden, daß es 2009 „zu keiner Entlassungswelle“ komme, sagte Gewerkschaftschef Huber. „Die Lage in den Betrieben ist viel ernster, als in der Öffentlichkeit wahrgenommen.“

Deutschlands größte Gewerkschaft fordert deshalb zur Krisenabwehr in einem **radikalen Sieben-Punkt-Konjunkturplan**:

1. Unternehmen sollen 2009 auf Entlassungen verzichten. Stärker als bisher sollen sie Kurzarbeit nutzen.

2. Zeitarbeitsfirmen sollen die hohen Gewinne der letzten Jahre nutzen, um die Beschäftigten zu halten.
3. Die Kreditklemme muß sofort beendet werden. Die Banken sollen zur Kreditversorgung der Realwirtschaft gezwungen werden.
4. Für die Verschrottung eines Alt-Autos ab 10 Jahren soll es 3.000 Euro vom Staat geben, beim Neukauf weitere 1.500 Euro vom Hersteller.
5. Menschen mit monatlichen Einkommen unter 3.675 Euro sollen Konsumschecks über 250 Euro erhalten, der Hartz-IV-Regelsatz soll auf 425 Euro steigen.
6. Zwangsanleihen sollen dem Staat 100 Milliarden Euro für einen „Zukunftsfonds Arbeit-Bildung-Umwelt“ einbringen. Zahlen sollen wohlhabende Haushalte mit Vermögen über 750.000 Euro. Bund, Länder und Gemeinden sollen dieses Geld in Bildungs-, Umwelt-, Energie- und Infrastruktur-Maßnahmen investieren.
7. Die Verlagerung oder Schließung von Betrieben soll nur noch mit Zweidrittelmehrheit im Aufsichtsrat möglich sein. Bei Stilllegung oder Verlegung von Betriebsteilen sollen Betriebsräte ein Vetorecht erhalten.

Scharfe Kritik richtet der Gewerkschaftschef Huber, der am Sonntag (14.12.2008) am Expertengipfel bei Kanzlerin Merkel teilnehmen wird, gegen die Banken. Diese würden mit ihrem aktuellen Geschäftsgebaren die Realwirtschaft immer tiefer in die Krise treiben. „Die Unternehmen bekommen schlicht kein Geld, um unternehmerisch tätig zu sein“, stellte Huber fest. Selbst gut ausgelastete Branchen wie der Schiffs- und der Maschinenbau litten unter der in Frage gestellten Finanzierung der Aufträge, die in vielen Fällen eigentlich bis 2015 reichten. [45]

► 11.12.2008 (khd/sz/d-radio). Der Bundespräsident Horst Köhler hat Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften zum gemeinsamen Handeln gegen den Wirtschaftskrise aufgerufen. Er schlägt deshalb eine **Neuaufgabe der „konzertierten Aktion“** vor. Wenn alle zusammenstünden, sei die Lage beherrschbar, sagte der Bundespräsident der Süddeutschen Zeitung.

► 11.12.2008 (khd/yahoo/info-radio). „**Finanzkrise ist Wort des Jahres 2008.** Das gab heute die Gesellschaft für deutsche Sprache (GfDS) in Wiesbaden bekannt. Auf den 2. und 3. Platz kommen „**verzockt**“ und „**Datenklau**“. Auf die folgenden Plätzen kommen: „hessische Verhältnisse“, „Umweltzone“, „multipolare Welt“, „Nachtschanner“,

„Rettungsschirm“, „Bildungsfrühling“ und „Yes, we can“. Die Wahl des Unworts des Jahres 2008 erfolgt erst im März 2009.

► 12.12.2008 (khd/yahoo/d-radio). Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) hat im US-Magazin *Newsweek* deutliche **Kritik an den britischen Maßnahmen** im Kampf gegen die Finanz- und Wirtschaftskrise geübt. Die Politik in London laufe auf eine Verschuldung hinaus, die von einer ganzen Generation abgetragen werden müsse, sagte Steinbrück dem Magazin. In dem Interview hatte Steinbrück auch die britische Mehrwertsteuersenkung als verfehlt bezeichnet und erklärt: „Die selben Leute, die sich immer gegen Finanzierung durch Staatsverschuldung gewehrt haben, werfen nun mit Milliarden um sich.“ Das sei „atemberaubend“.

Das hat inzwischen für erhebliche Verstimmungen gesorgt. Der britische Premierminister Gordon Brown (Labour) hatte nach dem Lehman-Crash den Kurs der britischen Wirtschaftspolitik um 180 Grad geändert – ihn von neoliberal auf voll keynesianisch umgestellt. Gordon Brown hat Steinbrücks Kritik als Ausdruck der innenpolitischen Kontroverse in Deutschland zurückgewiesen.

In Deutschland wundern sich Krisenbeobachter, daß ein Sozialdemokrat und Volkswirt wie Steinbrück sich neoliberal geriere und noch immer nicht erkannt habe, daß der Staat bei einer Jahrhundert-Krise selbstverständlich – so bitter das auch sei – weitere Schulden machen müsse, um die Krise nicht – wie nach 1929 – ausufern zu lassen.

Inzwischen hat auch der diesjährige **Wirtschaftsnobelpreisträger Paul Krugman** der Bundesregierung „Starrköpfigkeit“ vorgeworfen und scharfe Kritik an Finanzminister Steinbrück (SPD) geübt. Mit seiner Weigerung, der derzeitigen Weltwirtschaftskrise durch ein größeres staatliches Konjunkturprogramm entgegenzuwirken, „richtet Herr Steinbrück eine beträchtliche Menge Schaden an“, schrieb Krugman in seinem Blog (Tagebuch) auf der Internetseite der *New York Times*. [47]

► 12.12.2008 (khd/d-radio). Nach einem Verhandlungsmarathon ist in der Nacht der 14 Mrd. Dollar schwere **Not-Kredit für die US-Autoindustrie im US-Senat gescheitert**. Das Repräsentantenhaus hatte vorher zugestimmt. Die Demokraten und Republikaner konnten sich aber im Senat nicht auf einen Zeitplan für tiefgreifende Lohnkürzungen für die Beschäftigten der Autobranche einigen. Vermutlich steht nun

eine (Chapter-11-gesteuerte) Pleite von Chrysler, Ford und General Motors (GM) bevor. Was dann aus der deutschen GM-Tochter Opel wird, ist unklar.

Eine Insolvenz in der US-Autobranche könnte – wie im September die Lehman-Insolvenz – Auslöser für eine dramatische Beschleunigung der Weltwirtschaftskrise werden. Dieser großen Verantwortung waren sich offensichtlich republikanische US-Senatoren (also Bushs Freunde!) nicht bewußt. Nun muß George W. Bush himself agieren. 3 Millionen Menschen droht die Arbeitslosigkeit.

► 12.12.2008 (khd/tsp). Mit Zeitungsinseraten macht heute die staatliche KfW-Bankengruppe auf die **neuen Investitions-Fördermöglichkeiten** durch das Konjunkturpaket der Bundesregierung aufmerksam. „Ab sofort: 20 Mrd. Euro! Nutzen Sie die zusätzlichen Fördermittel der KfW!“, heißt es in der Anzeige, die sich an Unternehmen, Kommunen, aber auch an Privatpersonen wendet. Im Internet gibt es unter investitionspaket.kfw.de weitere Informationen dazu.

► 12.12.2008 (khd/yahoo). **Beim Flugverkehr gibt es wg. der Weltwirtschaftskrise bereits Einbrüche** bei der Nachfrage nach Flugreisen. So hat der Frankfurter Flughafen im November den stärksten Passagierrückgang seit den Anschlägen vom 11. September 2001 zu verzeichnen. Die Zahl der Fluggäste sank um 7 % auf 3,9 Millionen.

► 12.12.2008 (khd/kna/d-radio). Der Kölner Kardinal Joachim Meisner hat mit Blick auf die globale Finanzkrise die „**Habsucht von Bankmanagern kritisiert**“. Es erfülle ihn mit „heiligem Zorn“, wie Banker mit dem Geld anderer umgegangen seien und „uns weithin in diese Situation gebracht haben“, sagte der Erzbischof dem Internet-Fernsehen „ksta.tv“ des *Kölner Stadt-Anzeigers*. Meisner warnte vor einer neuen Weimarer Republik: „Aus einer solchen Situation haben wir einen Kerl wie Hitler bekommen, da müssen wir wirklich wachsam sein.“

► 12.12.2008 (khd/yahoo/info-radio). In Brüssel beschließen die 27 Staats- und Regierungschefs der Europäische Union (EU) das **EU-Konjunkturpaket mit einem Volumen von 200 Mrd. Euro** (rund 1,5 % des BIPs der EU). 170 Mrd. Euro erbringen die bereits aufgelegten nationalen Konjunkturprogramme, die EU will über die Europäische Investitionsbank 30 Mrd. Euro für die Jahre 2009/10 bereitstellen. Mit einer „konzertierten Belebung der Märkte“ solle so die Wirtschaftskrise bekämpft werden, heißt es. Der EU-Cip-

fel spricht sich für eine Regulierung der Finanzmärkte aus, die auch eine stärkere Kontrolle der Rating-Agenturen vorsieht. Zugleich appelliert der Gipfel an die Banken, die Senkung der Leitzinsen an die Verbraucher weiterzugeben.

► 13.12.2008 (khd/ag/d-radio). Im *Bonner General-Anzeiger* warnt BDI-Präsident Thumann vor einem **Wettlauf negativer Konjunktur-Prognosen**. „Ich halte dieses Hochschaukeln für unverantwortlich“, sagte er der Zeitung. Eine seriöse Prognose für 2009 sei angesichts der unsicheren Wirtschaftsentwicklung noch nicht möglich. Der Industrie-Präsident warnt außerdem vor einem überstürzten, unüberlegten Vorgehen gegen die Rezession, aber auch vor zu langem Zögern. „Wir wollen keinen Aktionismus“, sagte er. „Die Maßnahmen müssen wohlüberlegt sein. Nur zu lange sollte die Bundesregierung nicht warten, da sich die wirtschaftliche Lage von Woche zu Woche deutlich verschlechtert.“

► 13.12.2008 (khd/d-radio). Die **Weltklima-Konferenz in Posen** (Posnan) ging heute früh ohne erkennbaren Fortschritt nach zwei Wochen zu Ende. In der Frage nach mehr Mitteln für den Anpassungsfonds zur Bewältigung der Folgen des Klimawandels in ärmeren Länder ist sie sogar gescheitert, was Länder wie Indien, Gabun und die Malediven empörte. [46]

Immerhin vereinbarten die Staaten einen Zeit- und Arbeitsplan auf dem Weg zu einem Nachfolgevertrag für das **Kyoto-Abkommen**, das Ende 2009 in Kopenhagen beschlossen werden soll. „Von jetzt an wird es ernst“, sagte der Chef des UNO-Klimasekretariats, Yvo de Boer. Die Weltwirtschaftskrise könne jetzt sinnvoll dazu genutzt werden, alle Konjunkturprogramme mit Programmen gegen den **Klimawandel** „zu einem kraftvollen Ganzen“ zu verbinden, hofft nicht nur Klima-Experte Prof. Schellnhuber. [48]

► 13.12.2008 (khd/info-radio). Auch **Rußland befindet sich jetzt in der Rezession**. Seit 1998 war die russische Wirtschaft kontinuierlich gewachsen.

► 13.12.2008 (khd/yahoo). Die seit fast einer Woche andauernden Unruhen in Griechenland haben die Regierungen in Europa alarmiert: **Finanz-, Banken- und Wirtschaftskrise haben genug sozialen Sprengstoff angehäuft**, daß jederzeit allerorten in Europa ein Funken gewaltsame Proteste wie in griechischen Städten auslösen könnte. Auch die **Aufruhrstimmung in Island** [27] ist dafür ein Beispiel. In den letzten Tagen flogen bereits in Dänemark, Italien, Spanien sowie in Berlin-Kreuzberg Steine in Schaufensterscheiben und

Banken. Frankreich ist ein weiterer Kandidat, wo es demnächst zu sozialen Unruhen kommen könnte. Erinnert sei an den **Aufbruch in Pariser Vorstädten**.

Es deutet inzwischen einiges daraufhin, daß die Rezession in Europa sogar eine Massenbewegung gegen Sparmaßnahmen und andere von Politik und Wirtschaft eingeleitete Gegenmaßnahmen auslösen könnte. Das hätte es in dieser Form jahrelang nicht mehr gegeben. Die Durchschnittsbevölkerung hat alle ihr auferlegten Bürden bislang geduldig getragen. Das könnte sich aber in den nächsten Wochen und Monaten schlagartig ändern, wenn die inneren Widersprüche der neo-liberalen Politik, die zur großen Krise führten, noch deutlicher geworden sind und sich noch immer keinerlei durchgreifende Änderung des Finanzsystems abzeichnen sollte.

► 14.12.2008 (khd/sp/info-radio). VW-Chef Winterkorn rechnet damit, daß 2009 der **Automobilverkauf weltweit um bis zu 25 % zurückgehen wird**. Bei VW ist der Absatz im November im Vergleich zum Vorjahresmonat um 16,5 % eingebrochen, auf rund 447.000 Fahrzeuge. Die gesamte Branche steht vor einer Neuordnung. [49]

► 14.12.2008 (khd/tsp). Linke-Chef Oskar **Lafontaine wirft der Bundesregierung Untätigkeit bei der Bekämpfung der Wirtschaftskrise vor**: „Die Arbeitsplätze gehen verloren, aber die Koalition handelt nicht“, sagte Lafontaine heute in Berlin. Die „zögerliche Haltung“ der Regierung bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit stehe in zunehmendem Gegensatz zu der Geschwindigkeit, mit der den Banken geholfen worden sei. „Für die Errichtung eines Schutzschirmes für die Banken brauchte die Bundesregierung eine Woche, für die Errichtung eines Schutzschirmes für die Arbeitnehmer braucht sie Monate“, kritisierte er.

Lafontaine fordert ein sofortiges Konjunkturprogramm in Höhe von 50 Mrd. Euro. Damit solle die Kaufkraft von Geringverdienenden gesteigert und in Forschung, Bildung und Infrastruktur investiert werden. [Die Linke in der Krise][50]

► 14.12.2008 (khd/d-radio). Ab Nachmittag fand das geplante **Krisentreffen im Kanzleramt** statt, das eine „solide Grundlage“ für künftige Regierungs-Entscheidungen (2. Konjunkturprogramm zur Erhaltung von Arbeitsplätzen) schaffen soll. An diesem „Konjunktur-gipfel“ haben 32 Personen teilgenommen: Neben der Kanzlerin Merkel (CDU), Vize-Kanzler Steinmeier (SPD) und den Ministern de Maiziére (CDU), Steinbrück (SPD), Glos (CSU)

und Scholz (SPD) der Bundesbank-Präsident Weber und der Präsident der Bundesagentur für Arbeit Weise, die Chefs der Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft Thumann (BDI), Hundt (BDA), Braun (DIHK), Kentzler (ZDH), die Gewerkschafts-Vorsitzenden Sommer (DGB), Huber (IG Metall), Bsirske (Verdi), Schmoldt (IG Bergbau und Chemie) und die Wirtschaftswissenschaftler Rürup (Sachverständigenrat), Zimmermann (DIW), Horn (IMK), Hüther (IW, Köln), Röller (ESMT) sowie die Unternehmen-Chefs Löscher (Siemens), Obermann (Telekom), Reitzle (Linde), Ungeheuer (Schott) wie auch die Banken-Chefs Ackermann (Deutsche Bank), Jaschinski (LBBW), Rehm (NordLB), Schröder (KfW), Müller (Bundesverband deutscher Banken), Fröhlich (Bundesverband der Volksbanken) und Haasis (Deutscher Sparkassenverband).

Rasche Entscheidungen über ein 2. Konjunkturprogramm würden nicht erwartet, hieß es nach dem Treffen – einer Neuauflage der „konzertierten Aktion“.

#### 14. Woche nach dem L-Crash

► 15.12.2008 (khd/dw). Die **Mafia profitiert von der Krise**. Vom Umsatz her gesehen ist die Mafia das größte ‚Unternehmen‘ in Italien, mit 130 Mrd. Euro jährlich. Die Weltwirtschaftskrise bietet jetzt ganz neue Möglichkeiten der Geldwäsche. So leihen sie angeschlagenen Banken Geld – zu günstigen Konditionen. Immobilien werden von der Mafia reihenweise zu Niedrigstpreisen eingekauft. Oft investieren die Mafiosi sogar Heuschrecken-like in wirtschaftlich geschwächte Unternehmen – und verschaffen sich dadurch nicht nur Markt-Macht und Einkünfte, sondern vor allem: Sauberes, gewaschenes, legales Geld.

► 15.12.2008 (khd/sp/tsp). Der *Spiegel* (Heft 51/2008, Seite 74) berichtet, daß die Bundesregierung bereits im Entwurf für den Jahreswirtschaftsbericht ihre **2009-Prognose für das deutsche Wirtschaftswachstum (BIP) auf –2,0 % korrigiert** hat. Bislang waren die Regierenden noch von +0,2 % ausgegangen. Wirtschaftsminister Glos (CSU) nannte das „pure Spekulation“. [Andere BIP-Prognosen siehe Seite 21]

► 15.12.2008 (khd/tsp). Das **Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) ‚macht‘ jetzt in Optimismus**. DIW-Chef Klaus Zimmermann, sagte am Wochenende der Zeitung *Die Welt*: Deutschland sei „in vieler Hinsicht gut aufgestellt“ und werde deshalb „von der Krise nicht so schlimm getroffen“. Eine panikartige Stimmung könne viel kaputtmachen, sagte

er. Der Präsident des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung (München), Hans-Werner Sinn, warnte davor, Konjunkturprogramme zu früh zu starten. „*Ich würde die Flinte vorbereiten, ohne mein Pulver schon jetzt zu verschießen*“, sagte er der Nachrichten-Illustrierten *Focus*.

Welches aber die Anzeichen für den optimalen Startzeitpunkt sind, verriet der noch immer neo-liberal argumentierende Professor aus München der Öffentlichkeit nicht, obwohl er ihn aus seinen Rechenmodellen kennen sollte.

► 15.12.2008 (khd/hbl/d-radio). Die Chancen auf ein **Überleben des US-Autokonzerns Chrysler sind übers Wochenende rapide gesunken**. Offenbar setzt sich in Washington die Ansicht durch, daß es bereits mühsam und teuer genug wird, die beiden schwer angeschlagenen Riesen General Motors (GM) und Ford durch die Krise zu bringen. US-Medien schließen deshalb nicht mehr aus, daß die Politik Chrysler und seinen Mehrheitseigner Cerberus fallen lassen – zumal sich die Heuschrecke Cerberus in den letzten Wochen absolut unkooperativ verhalten hat. Von einer Pleite Chryslers wäre in Deutschland auch Daimler betroffen, da diese noch rund 20 % der Chrysler-Anteile hält.

► 15.12.2008 (khd/hbl/tsp). Im Zuge der Finanzkrise geraten zunehmend **Bankvorstände und Aufsichtsräte unter Beschuß der Justiz**. Bundesweit prüfen Staatsanwaltschaften, ob sie Ermittlungsverfahren einleiten. Betroffen sind bislang die BayernLB, die Landesbank Baden-Württemberg (LBBW), die HSH Nordbank und der Münchner Immobilienfinanzierer Hypo Real Estate (HRE). Gegen IKB, KfW und Sachsen LB laufen bereits Ermittlungen. Die Vorwürfe: Untreue, unrichtige Darstellung einer börsennotierten Gesellschaft und Falschbilanzierung. [51]

► 15.12.2008 (khd/d-radio). Der SPD-Haushaltsexperte Carsten Schneider kritisierte den Konjunktur-gipfel als „Show-Veranstaltung“. „Die Kanzlerin setzt Termine, die wenig Sinn machen, nur um damit Aktionen vorzutauschen“, sagte Schneider der *Thüringer Allgemeine*. „*Ich habe zu viele Gipfel in den letzten Monaten erlebt, bei denen nichts herausgekommen ist. Bildungsgipfel, Integrationsgipfel, Autogipfel – das ist mir zu viel Symbolik und zu wenig Substanz.*“

► 15.12.2008 (khd/info-radio). Nach dem Konjunktur-gipfel im Kanzleramt will die Bundesregierung in Abstimmung mit den

Ländern schnell **öffentliche Investitionen zur Ankurbelung der Konjunktur** auf den Weg bringen. In der Runde am Sonntag (14.12.2008) habe Einigkeit über die Notwendigkeit zusätzlicher Investitionen in die Infrastruktur geherrscht, erklärt heute die Bundesregierung in Berlin. Bundeskanzlerin Merkel (CDU) werde daher mit den Ministerpräsidenten der Länder bei deren Konferenz am Donnerstag (18.12.2008) in Berlin über mögliche baldige Investitionsprojekte beraten.

► 15.12.2008 (khd/d-radio). **Fiat stoppt in Italien die Autoproduktion** bis Januar 2009 komplett. Im November brach bei Fiat der Auto-Verkauf um rund 30 % ein.

► 15.12.2008 (khd/info-radio). Das am 4. November vom amerikanischen Volk gewählte Wahlmänner-Kollegium wählte heute **Barack Obama zum 44. Präsidenten der USA**. Er erhielt alle am 4. November erzielten 365 Stimmen. Traditionell wird dieses Abstimmungsergebnis erst am 6. Januar bekanntgegeben. Die Amtseinführung erfolgt am 20. Januar 2009. Unterdessen zeichnet sich ab, daß Obama dann sofort ein 1 Billionen Dollar (1.000 Mrd. \$ = rund 770 Mrd. Euro) schweres Konjunkturprogramm verkünden wird.

#### 4. Monat nach dem L-Crash

► 16.12.2008 (khd/faz/d-radio). Nach einem Bericht der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* rechnet jetzt das Bundeswirtschaftsministerium intern mit einem Rückgang der deutschen Wirtschaftsleistung (BIP) im 4. Quartal 2008 um 1,5 bis 1,7 %. Im Jahr **2009 könne das BIP-Wachstum sogar um -3,0 % einbrechen**, heißt es. [Bisherige BIP-Prognosen siehe Seite 21]

► 16.12.2008 (khd/sz). Der Münchner **Erzbischof Marx kritisiert den Umgang mit der Finanzkrise**: „Daß die Krisenbearbeitung, wie sie jetzt ist, ausreichend ist, dahinter setze ich ein Fragezeichen“, sagte Marx gestern im Münchner Presseclub. „*Es geht nicht nur um ein paar Gesetzesänderungen oder ein Investitionsprogramm hier und da.*“ Die Krise müsse vielmehr Anlaß dafür sein, über die Grundsätze des Zusammenlebens neu nachzudenken. „*Wir können nur hoffen, daß Krisen auch Lernorte sind und die Menschen sagen, das Leitbild des cleveren, gerissenen Menschen ohne Skrupel ist nicht unseres*“, so Marx. Der Münchner Erzbischof hält es für notwendig, daß die Gesellschaft sich die Frage nach den sie verbindenden ethischen Grundlagen stellt.

► 16.12.2008 (khd/d-radio). In außerordentlichen Zeiten senkt die Notenbank Fed den **Leitzins in den USA von 1,0 auf ein historisches Tief von 0 bis 0,25 %**. Diese Zinsspanne solle über eine längere Zeit gehalten werden, heißt es. So billig konnten sich also Banken in den USA noch nie Geld leihen. Seit August 2007 senkte die Fed den Leitzins von 5,25 auf bisher 1,0 %, konnte damit aber nicht die Krise aufhalten.

Das bedeutet aber auch, künftig kann eine staatliche Steuerung der Wirtschaft nicht mehr über Leitzins-Absenkungen erfolgen. Sie muß nun durch direkte staatliche Intervention am Markt erfolgen. Zwar reagierten die Börsen auf die Fed-Entscheidung sofort positiv, was aber nicht so wichtig ist. Denn bekanntlich hat jede Leitzins-Senkung eine Reaktionszeit (Latenz) von etwa 1 Jahr, bevor sie in der realen Wirtschaft wirklich „ankommt“ – wirksam wird.

Damit wird auch klar, daß uns die Finanzkrise mit ihren negativen Folgen noch so einige Zeit begleiten wird. Experten und Politiker sagen die Unwahrheit, wenn sie uns erzählen, 2010 sei der Spuk vorbei. Erst nachdem die USA eine wirtschaftliche Wende geschafft haben werden, wird es auch in Europa bergauf gehen. In den USA geht es aber derzeit erst einmal dramatisch bergab, wie auch die Leitzins-Senkung zeigt. Noch befinden sich die USA klar auf Deflation-Kurs.

► 17.12.2008 (khd/sp). Über amerikanische Elite-Universitäten wurde schon oft gespottet, sie seien eigentlich nur Vermögensverwaltungen in Form von Investmentbanken mit angeschlossener Uni. In der Finanzkrise wurde dieses merkwürdige Geschäftsmodell jetzt bestätigt. So hat sich die **Harvard-University beim Vermehren ihres Vermögens bis auf die Knochen blamiert** – regelrecht verzoxt.

Obwohl dort reichlich Finanzprofis tätig sind, vermochten diese nicht zu verhindern, daß Harvard in die Krise geriet und nun Finanzprobleme hat. Es sollen bereits 8 Mrd. \$ des Stiftungsvermögens von geschätzten 37 Mrd. \$ verlorengegangen sein. Die Elite-Profis hatten Harvards Kapital in Private-Equity-Fonds, Hedge-Fonds und Derivaten angelegt, die heute kaum noch etwa wert sind. Nun muß bei Harvards gespart werden. [52] [Nun auch Yale]

► 17.12.2008 (khd/zt). Die aktuelle Krise ist nach der Einschätzung des 70-jährigen deutschen Historikers Heinrich August Winkler **nicht mit dem Debatel von 1929 zu verglei-**

chen. „Wir haben heute ein sehr viel höheres Maß an zwischenstaatlicher Verständigung, um so katastrophale Auswirkungen wie in der Weltwirtschaftskrise nach 1929 hoffentlich vermeiden zu können“, sagte Winkler in einem Interview dem Wochenmagazin *Die Zeit*. „Ein wesentlicher Unterschied zwischen damals und heute ist, daß die totalitären Alternativen zur Demokratie sich so diskreditiert haben, daß die Anziehungskraft extremistischer Parolen in großen Teilen der Gesellschaft eine sehr viel geringere ist als in den frühen 30er-Jahren“, stellte Winkler fest.

► 17.12.2008 (khd/sp/sz/info-radio). **Der Bund steuert 2009 auf eine Rekord-Neuverschuldung zu.** Nach einem Bericht der *Süddeutsche Zeitung* rechnet die Bundesregierung wg. der Wirtschaftskrise intern bereits mit einer notwendigen Neuverschuldung von mindestens 30 Mrd. Euro – sie könnte auch den Rekordwert von 50 Mrd. Euro erreichen.

Offiziell geplant waren bislang 18,5 Mrd. Euro. Allerdings basiert diese Zahl noch auf der Annahme, daß das Bruttoinlandsprodukt (BIP) 2009 um 0,2 % wächst und kein weiteres Konjunkturprogramm erforderlich ist. Tatsächlich aber erwarten die meisten Ökonomen mittlerweile ein negatives BIP-Wachstum von etwa – 2 %, was ein großes Konjunkturprogramm II notwendig machen wird.

Zwar hat die Bundesregierung heute diese Zahlen als „reine Spekulation“ zurückgewiesen, makaber ist aber, daß jetzt ausgerechnet aus der FDP-Ecke massiv vor einer solch fulminanten Staatsverschuldung gewarnt wird. Wir erinnern uns: Die Wirtschafts-Liberalen wollten ab 2005 eigentlich zusammen mit der Merkel-Union einen strikten neo-liberalen Kurs mit noch mehr Deregulierung und Privatisierungen in Deutschland fahren.

Die Bundesbürger wählten damals die Große Koalition. Aber wäre es im Herbst 2005 zur CDU/CSU-FDP-Regierung gekommen, dann würde Deutschland heute wohl noch viel tiefer ‚in der Tinte‘ sitzen. Vielleicht wären dann 2009 sogar 100 Mrd. Euro Schulden notwendig geworden, um die Folgen neo-liberalen Mumpitzes zu reparieren.

► 17.12.2008 (khd/info-radio). Die **Deutsche Bahn (DB) startet ein kleines Konjunkturprogramm** für die Bahnindustrie. In Berlin unterzeichneten heute Bahnchef Mehdorn und Siemens-Chef Löscher öffentlich einen Kaufvertrag für 15 ICE-Züge vom Typ Velaro im Wert von 500 Millionen Euro. Diese Bestellung sichere in Deutschland rund 2000 Arbeitsplätze, sagte Löscher. [00]

► 17.12.2008 (khd/tsp/info-radio). Mit einer **Großrazzia bei der Münchner Skandalbank Hypo Real Estate (HRE)** setzte gestern und heute die Justiz ein Zeichen, daß es ihr mit der strafrechtlichen Aufarbeitung ernst ist. Oberstaatsanwalt Schmidt-Sommerfeld sagte, es würden Ermittlungen wegen des Verdachts der „unrichtigen Darstellungen nach dem Aktiengesetz“ sowie „Marktmanipulation“ geführt. Auch der Vorwurf der Untreue werde geprüft.

Bei der Durchsuchung der HRE-Zentrale sowie der Wohnungen von Vorstandsmitgliedern wurde umfangreiches Material beschlagnahmt. Im Einsatz waren 65 Polizisten, 15 Staatsanwälte und 2 Beamte der Finanzaufsicht BAFin. Die Ermittlungen sollen bereits seit Mai laufen.

In dem Durchsuchungsbeschluß soll es heißen: Bereits seit September 2007 habe sich abgezeichnet, daß die HRE wegen der Finanzkrise mehr Geld abschreiben müsse. Funke wird demnach vorgehalten, er habe trotzdem im November 2007 behauptet, die HRE sei „aus der jüngsten Marktkrise gestärkt hervorgegangen“. Diese Erklärung habe dazu gedient, die konkreten Verhältnisse zu verschleiern, wirft die Staatsanwaltschaft dem Management unter Georg Funke vor. [mehr].

► 17.12.2008 (khd/ag). Die weltweite Finanzkrise ist nach Worten von Papst Benedikt XVI. auch eine Chance, die wirkliche Bedeutung von Weihnachten wieder zu entdecken. In wirtschaftlich harten Zeiten könnten die Menschen die Werte neu erfahren, für die Weihnachten stehe – „**Wärme, Einfachheit, Freundschaft und Verbundenheit**“, sagte das Oberhaupt der katholischen Kirche heute bei seiner wöchentlichen Generalaudienz in Rom.

► 17.12.2008 (khd/info-radio). Dem OPEC-Kartell sind die stark gefallenen Ölpreise ein Dorn im Auge. Deshalb haben sie heute im algerischen Oran beschlossen, ab Januar 2009 die **tägliche Förderung um 2,2 Mio. Barrel zu verknappen**. Insgesamt fördern die OPEC-Länder derzeit rund 87 Mio. Barrel pro Tag. Ob aber ihre ‚planwirtschaftlichen‘ Vorstellungen eines Rohölpreises von um die 80 US-Dollar pro Barrel (159 Liter) aufgehen werden, ist eher fraglich. Der aktuelle Ölpreis liegt bei 40 US-Dollar pro Barrel.

► 18.12.2008 (khd/d-radio). Der US-Auto-Konzern **Chrysler legt alle seine 30 Fabriken still**. Gesagt wird, daß die am 19. Dezember beginnende „Produktionsunterbrechung“ (the ‚shutting-down‘) 1 Monat dauern soll. Die Arbeiter

erhalten während dieser Zeit staatliche Unterstützung, was mit Einkommenseinbußen verbunden ist. Es könnte aber auch schon der Anfang vom Ende einer großen US-Automarke sein, zumal der Haupteigner – die unseriöse Heuschrecke Cerberus – ganz schnell Chrysler bei GM ‚abgeben‘ will.

► 18.12.2008 (khd/info-radio). Der Chefvolkswirt der Deutschen Bank Walter erwartet für die Euro-Zone: **Die EZB werde den Leitzins bis Februar 2009 von derzeit 2,5 auf 1,0 % senken.**

► 18.12.2008 (khd/ftd). **Die russische Währung sinkt auf ein Rekordtief zum Euro.** An der Moskauer Börse kostet 1 Euro rund 40 Rubel. Unterdessen verliert auch der US-Dollar wieder an Wert gegenüber dem Euro (Kurs rund 1,45 \$/Euro).

► 18.12.2008 (khd/ftd). Der Professor aus München (vom Ifo-Institut) hat schon wieder neue Zahlen. Nun sagt er angesichts der Wirtschaftskrise **500.000 zusätzliche Arbeitslose bis Dezember 2009** voraus. Erst 2010 dürfte die Arbeitslosigkeit die 4-Millionen-Marke überschreiten, sagte Sinn der *Rheinischen Post*.

► 19.12.2008 (khd/dj). **Die Weltwirtschaftskrise gefährdet den EU-Stabilitätspakt.** Die steigende Staatsverschuldung in ganz Europa wird nach einem Bericht der *Süddeutschen Zeitung* (18.12.2008) zu einer ersten Gefahr für den EU-Stabilitätspakt. Einige Länder wollen die derzeitige Situation nutzen, um den aus ihrer Sicht ungeliebten Pakt zu zerstören. Genannt wurden Frankreich, Italien, Griechenland und Irland.

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt war Ende der 1990er Jahre auf Druck Deutschlands vereinbart worden. Die Kohl-Regierung wollte den Bürgern damit die Einführung des Euro schmackhaft machen. Um die Stabilität der neuen Währung zu gewährleisten, darf das Haushaltsdefizit in Krisenphasen 3 % der Wirtschaftsleistung (BIP) nicht überschreiten. Allerdings war der Pakt vor einiger Zeit bereits gelockert worden, nachdem unter anderem Deutschland die 3-Prozent-Grenze mehrmals in Folge verletzt hatte.

Nach Angaben aus der EU-Kommission sind die heutigen Zahlen in vielen Ländern noch viel dramatischer als die damaligen. So könnte das irische Defizit 2009 bis zu 7 % erreichen, für Spanien werden 5 %, für Frankreich 4 bis 5 % erwartet. In Großbritannien, das aber nicht zur Euro-Zone gehört, rechnet man sogar mit einem Minus von 8 %.

► 19.12.2008 (khd/dw). **Rußlands Wirtschaft leidet zunehmend** unter dem fallenden Ölpreis sowie den Folgen der Finanzkrise und benötige möglicherweise Finanzspritzen aus dem Ausland, falls der Ölpreis unter die Marke von 30 Dollar pro Barrel sinke, erklärte heute die Weltbank. Die Regierung in Moskau erwägt, seine Beteiligungen an Energiekonzernen aufzustocken, um Liquiditätsengpässe bei den Unternehmen zu vermeiden. Die Zahl der Arbeitslosen stieg zudem im November auf über 5 Millionen, was einer Quote von 6,6 % entspricht.

► 19.12.2008 (khd/d-radio). Präsident Bush hat nun doch verfügt, daß die schwer angeschlagenen **US-Autokonzerne 17,4 Mrd. \$ Überbrückungshilfen** bekommen, wovon General Motors (GM) 13,4 Mrd. und Chrysler 4 Mrd. erhalten werden. Die Mittel stammen aus dem 700-Milliarden-Dollar-Rettungsfonds für die Finanzwirtschaft. Im Gegenzug wird der Staat stimmrechtslose Aktien erhalten. Ford hat derzeit auf eine solche Finanzhilfe verzichtet. Der künftige Präsident Obama begrüßte die Entscheidung von Präsident Bush. GM und Chrysler müssen jetzt bis zum 31. März 2009 präzise Sanierungspläne vorlegen, die ein Überleben ermöglichen. Sollten sie das nicht leisten, müssen sie die Staats-Gelder sofort zurückzahlen, was die sofortige Pleite bedeuten würde.

► 20.12.2008 (khd/info-radio). Der **Rettungsschirm für die Commerzbank** ist fertig. Deutschlands Bank Nr. 2 erhält am 31.12.2008 aus dem Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) eine stille Staatseinlage von 8,2 Mrd. Euro, die mit 9 %/a verzinst wird. Die Bank hat sich verpflichtet, in den Jahren 2008 und 2009 keine Dividenden auszuschütten.

► 20.12.2008 (khd/d-radio). Die Münchner Skandalbank **Hypo Real Estate hat einen massiven Konzernumbau angekündigt.** Außerdem hat diese Bank, die so viele Milliarden verzoekert, alle alten Vorstände entlassen, darunter Ex-Konzernchef und offensichtlichen Lügner Georg Funke. Entlassen werden soll auch vom ‚Fußvolk‘, denn die Neuaufstellung soll von einem radikalen Stellenabbau begleitet werden (von rund 1800 auf 800). Ob der Hypotheken-Finanzierer eine Änderung des für alle Zeiten beschädigten Firmennamens vornehmen wird, wurde derzeit nicht bekannt.

► 20.12.2008 (khd/d-radio). **Lettland erhält 7,5 Mrd. Euro Hilfe** zur Bekämpfung der Folgen der Finanzkrise. Geldgeber sind die EU, die Weltbank, Tschechien und Estland.

► 21.12.2008 (khd/dom). In der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise wirft der **Sozialethiker Friedhelm Hengsbach** der deutschen Politik Versagen vor. Der Staat handle „wie ein Getriebener“ und spanne „rat- und planlos Rettungsschirme“ auf, sagte Hengsbach der *Frankfurter Rundschau*. Anstatt „an Unternehmen zu appellieren, auf betriebsbedingte Kündigungen zu verzichten“, müsse die Regierung ein groß angelegtes Konjunkturprogramm auflegen. Hengsbach spricht sich aber gegen Konsumgutscheine aus, sondern verlangt nachhaltige Investitionen in umweltfreundliche Energie- und Verkehrsprojekte sowie in Bildung und Sozialwesen.

Ausdrücklich kritisierte der Sozialethiker die letzte rot-grüne Regierung. So habe das sozialdemokratisch von Hans Eichel geführte Finanzministerium maßgeblichen Anteil daran gehabt, die Finanzmärkte zu liberalisieren. Jetzt würden die Auswüchse beklagt.

► 21.12.2008 (khd/welt). **Irland pumpt 5,5 Mrd. Euro in 3 große Banken.** Je 2 Mrd. Euro würden der Bank of Ireland und den Allied Irish Banks zur Verfügung gestellt, teilte die Regierung mit. Im Gegenzug werde der Staat mit 25 % an den Instituten beteiligt. Zudem bekäme die Anglo Irish Bank 1,5 Mrd. Euro, wofür der Staat 75 % der Anteile erhält und sie damit quasi verstaatlicht.

Im Gegenzug für die Finanzhilfen hätten sich die Banken verpflichtet, ihre Kreditgeschäft mit kleinen und mittelgroßen Kunden auszubauen. Außerdem erhalte die Regierung pro Jahr eine Dividende von 500 Mio. Euro in Form von Bargeld oder Aktien. Irlands Regierung hatte Ende September bereits eine Garantie von bis zu 400 Mrd. Euro für alle Bankeinlagen bis 2010 abgegeben. Irische Banken gehören zu den europäischen Instituten, die am härtesten von der globalen Finanzkrise betroffen sind.

### 15. Woche nach dem L-Crash

► 22.12.2008 (khd/d-radio). Der künftige US-Präsident Obama sagt inzwischen, daß er mit seinem Konjunkturprogramm **mindestens 3 Mio. Arbeitsplätze in den USA retten** müsse. Der Zustand der amerikanischen Wirtschaft sei dramatischer als bislang gedacht, heißt es.

► 22.12.2008 (khd/sp). *Der Spiegel* stellt fest (Heft 52/2008, Seite 4 + 58–61): „**Der Schutzschirm versagt.** Das 480-Milliarden-Euro-Programm zur Rettung der Banken hat bisher wenig bewirkt. Der staatliche Schutzschirm ist falsch konstruiert, er muß dringend

nachgebessert werden – sonst ist am Ende das Geld weg, die Banken stehen weiterhin am Abgrund, und die Versorgung der Unternehmen mit Krediten funktioniert immer noch nicht.“

Es ist vor allem die bei der Union – auch noch nach dem Lehman-Crash – vorherrschende neo-liberale Verblendung („Markt wird's richten“) kombiniert mit massiven Lobby-Einflüssen aus der Bankenwelt (u. a. Ackermann!) gewesen, die es im Oktober verhin-derte, von vornherein ein für die deutsche Volkswirtschaft wirklich funktionierendes Finanzmarkt-Stabilisierungsgesetz zu produzieren. Viele andere Länder – darunter Großbritannien und Irland – haben das intelligentler gestaltet. Denn der Staat muß die Banken in einer solch außergewöhnlichen Wirtschafts- Situation sehr schnell an die ganz kurze Leine nehmen. Und weil das die Große Koalition bislang nicht leistete, funktioniert der für die weitere Entwicklung so wichtige Geldmarkt noch immer nicht.

► 22.12.2008 (khd/info-radio). **In Deutschland wird weiterhin um ein 2. Konjunkturprogramm gestritten.** Am Wochenende hatte Bundeskanzlerin Merkel (CDU) die Absicht bekräftigt, im Januar ein 2. Konjunkturpaket vorzulegen, um auch hierzulande „Arbeitsplätze zu sichern und neue Jobs zu schaffen“. Dieses Paket müsse aber „sorgfältig vorbereitet“ werden, sagte sie.

Die bayerische CSU besteht noch immer auf schnellen Steuerensenkungen, obwohl das konjunkturpolitisch kurzfristig wenig Sinn macht. Durch eine Senkung des Krankenkassenbeitrags könnte nach Überlegungen in der großen Koalition eine größere Wirkung erzielt und ein wesentlicher Teil des milliardenschweren Konjunkturpakets auf den Weg gebracht werden. Dazu brauche man auch nicht die Stimmen der CSU, signalisierte die SPD, was wiederum die CSU erzürnte.

► 22.12.2008 (khd/d-radio). Die **IKB-Bank erhält staatliche Bürgschaften in Höhe von 5 Mrd. Euro** aus dem SoFFin-Rettungsfonds. Die Mittelstandsbank IKB wurde im August von der KfW an die Heuschrecke Lone Star für ‚nen Appel und’n Ei‘ **notverkauft**. Offensichtlich ist diese Heuschrecke nun nicht in der Lage, ihre IKB mit ausreichenden Mitteln und Sicherheiten auszustatten.

► 22.12.2008 (khd/welt). Das Portal *Welt-Online* hat **Fehlurteile von Bankern und Finanz-Managern** zusammengestellt. Alle diese Eliten unterschätzten die sich bereits seit 2007 anbahnende Finanzkrise. „Das Schlimmste ist überstan-

den.“ Das glaubte Lehman-Brothers-Chef Richard Fuld noch im April 2008. Am 15. September brach seine Investment-Bank zusammen und führte die Weltwirtschaft an den Rand des Abgrunds. Und dieser Bank-Chef ohne Durchblick hat seit 2000 nach Angaben von ABC-News 484 Mio. US-Dollar – fast eine 1/2 Milliarde – an Gehalt und Bonus-Zahlungen erhalten. Eine leistungsgerechte Bezahlung kann man das nicht nennen.

Zahlreiche Banker, Manager und Politiker äußerten sich zur Finanzkrise. Ihre Worte zeugen von Ratlosigkeit, Überraschung und fatalen Fehleinschätzungen, aber auch allzuoft von mangelnder Intelligenz. [andere Fehlurteile]] [53]

► 23.12.2008 (khd/info-radio). Die **Europäische Union und Brasilien** wollen sich gemeinsam gegen die weltweite Finanzkrise stemmen. Um grundlegenden Änderungen im Weltfinanzsystem erreichen zu können, müßten aber beide „mit einer Stimme sprechen“, sagte EU-Ratspräsident Nicolas Sarkozy nach dem 2. EU-Brasilien-Gipfel in Rio de Janeiro. Deshalb solle der Weltfinanzgipfel der G-20-Länder am 2. April in London gemeinsam vorbereitet werden.

► 23.12.2008 (khd/welt). Das Wörtchen „noch“ wird in Zeiten der Finanzkrise gerne eingesetzt: Noch sieht es gut aus auf dem Arbeitsmarkt und auch das **Weihnachtsgeschäft lief in diesem Jahr noch gut**. Das gilt auch für das Portemonnaie der Deutschen. Denn noch hat die Krise dem Zentrum für Europäische

Wirtschaftsforschung (ZEW) zufolge keine Auswirkungen auf den eigenen Geldbeutel – noch. „*Wir dürfen nicht vergessen: Wir stecken zwar in der Rezession – die eigentliche Krise wird aber noch kommen*“, heißt es beim ZEW.

## 100. Tag nach dem L-Crash

► 24.12.2008 (khd/ag). Auch die Lobby-Organisation der deutschen Spielwarenhändler – der Bundesverband des Spielwaren-Einzelhandels (BVS) – hat sich jetzt zu den Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf das Weihnachtsgeschäft zu Wort gemeldet. **Die Krise habe in diesem Jahr auch dem Spielwarenhandel zu schaffen gemacht**, heißt es. „*Ohne Finanzkrise hätten wir bestimmt einen sehr guten Lauf*“, sagte der BVS-Geschäftsführer der Nachrichtenagentur AP. Jetzt sei das Geschäft nur mit „gut“ zu bewerten.

Zugleich stellte er aber auch fest: „*An Kindern wird bekanntlich auch in schlechten Zeiten als Letztes gespart*.“ Erwartet hatten die Spielzeugverkäufer bei traditionellen Spielwaren einen Umsatz von mindestens 2,2 Mrd. Euro, bei Videospielen und Software hoffen sie auf rund 1,5 Mrd. Euro. Belastbare Verkaufszahlen können aber am heutigen Heiligabend noch nicht vorliegen.

► 24.12.2008 (khd/ag/d-radio). Kölns Erzbischof, Kardinal Joachim Meisner, übte heute in der *Kölnischen Rundschau* **Kritik am Verhalten vieler Banker in der Finanzkrise**: „*Der Banker ist Treuhänder*

## Erschienene Teile des Krisen-Tagebuchs

- 0. Teil:** »**Der Markt hat's nicht gerichtet**«. Die Situation nach dem Crash der US-Investmentbank Lehman Brothers vom 15. September 2008. Vom Versagen angelsächsischer Wirtschaftspolitik.  
Pfad (URL): [http://www.khd-research.net/Pub/PM\\_068.pdf](http://www.khd-research.net/Pub/PM_068.pdf) (9 Seiten, 180 kByte)
- 1. Teil:** »**Und die Finanzkrise geht weiter**«. Die ersten 56 Tage nach dem Lehman-Crash vom 15. September 2008.  
Pfad (URL): [http://www.khd-research.net/Pub/PM\\_069.pdf](http://www.khd-research.net/Pub/PM_069.pdf) (26 Seiten, 232 kByte)
- 2. Teil:** »**Finanzkrise wird zur Weltwirtschaftskrise**«. Ab der 9. Woche (11.11.2008) nach dem Lehman-Crash.  
Pfad (URL): [http://www.khd-research.net/Pub/PM\\_070.pdf](http://www.khd-research.net/Pub/PM_070.pdf) (34 Seiten, 280 kByte)
- 3. Teil:** »**Die größte Weltwirtschaftskrise aller Zeiten**«. Ab der 15. Woche (25.12.2008) nach dem Lehman-Crash.  
Pfad (URL): [http://www.khd-research.net/Pub/PM\\_071.pdf](http://www.khd-research.net/Pub/PM_071.pdf) (38 Seiten, 316 kByte)
- 4. Teil:** »**Es ist eine fundamentale Finanzsystemkrise**«. Ab der 27. Woche (16.3.2009) nach dem Lehman-Crash.  
Pfad (URL): [http://www.khd-research.net/Pub/PM\\_075.pdf](http://www.khd-research.net/Pub/PM_075.pdf) (50 Seiten, 516 kByte)

*für Geld, das ihm nicht gehört und mit dem er arbeiten muß“. Er nannte es „erschütternd“, daß Leute mit Dingen Handel treiben, die nicht existierten. Meisner betonte: „Menschenrechte sind Gottesrechte, und wenn man sich das klarmacht, dann kann man nicht einfach seinen Job durchziehen ohne weitere Rücksichten, gleich in welcher Branche.“*

Die soziale Marktwirtschaft könne nur „global gedacht werden“. Zum Umgang mit Geld erinnerte Meisner an das erste Gebot: „Du sollst keine fremden Götter neben mir haben.“

► 24.12.2008 (khd/dw). **In Rußland geht die Angst vor einer Destabilisierung um.** Angesichts der Weltwirtschaftskrise werden massive Proteste und Aufstände befürchtet. Die derzeitige Lage könne durch die Frustration von Arbeitern, die nicht mehr bezahlt würden oder Angst vor dem Verlust ihres Arbeitsplatzes hätten, erschwert werden, sagte der stellvertretende russische Innenminister Suchodolski. Am Wochenende waren in Wladiwostok mehr als 100 Demonstranten festgenommen worden, die gegen Beschlüsse der Regierung zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise protestiert hatten.

Der Ölpreisverfall hat in Rußland einen massiven Wachstumseinbruch ausgelöst. Zudem schwinden die Devisenreserven rapide und Sparer ziehen ihr Geld ab. Die Notenbank wertete den Rubel am Mittwoch bereits zum siebten Mal in diesem Monat ab. Die Äußerungen Suchodolski untermauern, wie tief Rußland in den Strudel der Weltwirtschaftskrise geraten ist. Bisher hatten der Kreml und russische Medien versucht, die Sorgen der Bevölkerung durch beschwichtigende Äußerungen zu lindern.

► 24.12.2008 (khd/info-radio). Der Bund wird vermutlich im Januar ein **2. Konjunkturpaket mit einem Volumen von 25 Mrd. Euro** (1 % des BIPs) auflegen. Diese Zahl nannte heute der rheinland-pfälzische Finanzminister Deubel (SPD). Das Bundesfinanzministerium bestätigte eine Begrenzung auf 25 Mrd. Euro wg. des Maastricht-Kriteriums von 3 % jedoch nicht. Das werde Anfang Januar entschieden, heißt es aus Berlin. Bislang war von einem Gesamtumfang von 40 Mrd. Euro ausgegangen worden.

Nach den ersten 100 Tagen der Krise endet hier dieser 2. Teil des Krisen-Tagebuchs. Es wird deutlich, daß sich die aus der Bankenkrise entwickelte Wirtschaftskrise zu einer globalen Krise ungeheuren Ausmaßes ausgeweitet hat. Auch ist noch sehr die Frage,

ob alle bisherigen „Rettungs“-Maßnahmen nicht nur ein Kurierversuch an Symptomen darstellen und nicht vielmehr sehr viel grundsätzlichere Eingriffe in die Finanzmärkte zügig durchgesetzt werden müßten, wozu durchaus auch Handelsverbote (z. B. von Derivaten) gehören sollten.

Weiter geht es derzeit im Internet unter:  
[http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik\\_skandaloos\\_29.html#FK\\_359](http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloos_29.html#FK_359)

## Mehr zu diesem Thema (Links):

- [00] Die Vergabe der Nummer erfolgt demnächst.
- [01] [22.11.2005: Arbeitslosigkeit unter der Großen Koalition] (khd-research)  
URL: [http://www.khd-research.net/Pub/PM\\_059.pdf](http://www.khd-research.net/Pub/PM_059.pdf)
- [02] [2007–2008: Finanzkrise 2007/2008] (WIKIPEDIA — Die freie Enzyklopädie)  
URL: [http://de.wikipedia.org/wiki/Finanzkrise\\_2007/2008](http://de.wikipedia.org/wiki/Finanzkrise_2007/2008)
- [03] [15.09.2008: Ein Finanzkrisen-Blog] (khd-research)  
URL: [http://www.khd-research.net/Pub/PM\\_069.pdf](http://www.khd-research.net/Pub/PM_069.pdf)
- [04] [20.09.2008: Der Markt hat's nicht gerichtet] (khd-Page)  
URL: [http://www.khd-research.net/Pub/PM\\_068.pdf](http://www.khd-research.net/Pub/PM_068.pdf)
- [05] [05.11.2008: Habermas macht Politik für Finanzkrise verantwortlich] (DIE ZEIT)  
URL: [http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik\\_skandaloes\\_22.html#ZEIT\\_1](http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_22.html#ZEIT_1)
- [06] [11.11.2008: Schockwellen der Krise erfassen Deutschland] (DIE WELT)  
URL: [http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik\\_skandaloes\\_23.html#WELT\\_1](http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_23.html#WELT_1)
- [07] [12.11.2008: US-Regierung ändert Rettungsplan radikal] (DIE WELT)  
URL: [http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik\\_skandaloes\\_23.html#WELT\\_2](http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_23.html#WELT_2)
- [08] [13.11.2008: Deutsche Forderungen für den Finanzgipfel: Transparenz und Aufsicht] (DT. WELLE)  
URL: [http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik\\_skandaloes\\_23.html#DW\\_1](http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_23.html#DW_1)
- [09] [15.11.2008: EU-Konkunkturprogramm: Vizekanzler brüskiert Kanzlerin] (RHEINISCHE POST)  
URL: <http://www.rp-online.de/public/article/politik/deutschland/638748/Vizekanzler-brueskiert-Kanzlerin.html>
- [10] [16.11.2008: Gipfel der guten Absichten] (SPIEGEL ONLINE)  
URL: [http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik\\_skandaloes\\_23.html#SP\\_1](http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_23.html#SP_1)
- [11] [16.11.2008: Heuschrecken in der Kreditklemme] (DER TAGESSPIEGEL)  
URL: [http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik\\_skandaloes\\_23.html#TASP\\_2](http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_23.html#TASP_2)
- [12] [17.11.2008: Riester-Fondssparpläne rutschen durch Finanzkrise ins Minus] (YAHOO-NEWS)  
URL: [http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik\\_skandaloes\\_23.html](http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_23.html)
- [13] [19.11.2008: Obama gegen Blankoscheck für GM] (FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND)  
URL: <http://www.boerse-online.de/tools/ftd/440235.html>
- [14] [19.11.2008: Hilfspakete für Europa] (DER TAGESSPIEGEL)  
URL: [http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik\\_skandaloes\\_23.html#TASP\\_3](http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_23.html#TASP_3)
- [15] [20.11.2008: Internet soll Wirtschaft auf die Beine helfen] (DEUTSCHE WELLE)  
URL: [http://t-off.khd-research.net/Politik/11.html#Wkr\\_1](http://t-off.khd-research.net/Politik/11.html#Wkr_1)
- [16] [21.11.2008: Köhler wirft Ackermann und Co. Geldrausch vor] (DIE WELT)  
URL: [http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik\\_skandaloes\\_24.html#WELT\\_1](http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_24.html#WELT_1)
- [17] [21.11.2008: Die Angst vor der Deflation] (FOCUS)  
URL: [http://www.focus.de/finanzen/boerse/finanzkrise/wirtschaftskrise-die-angst-vor-der-deflation\\_aid\\_350210.html](http://www.focus.de/finanzen/boerse/finanzkrise/wirtschaftskrise-die-angst-vor-der-deflation_aid_350210.html)
- [18] [23.11.2008: Der Dumme ist, wer arbeitet und Steuern zahlt] (DIE WELT)  
URL: [http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik\\_skandaloes\\_24.html#WELT\\_2](http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_24.html#WELT_2)
- [19] [23.11.2008: Wer das Geld hat, hat das Sagen] (DER TAGESSPIEGEL)  
URL: [http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik\\_skandaloes\\_24.html#TASP\\_3](http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_24.html#TASP_3)
- [20] [25.11.2008: Regierung prüft Konsum-Gutscheine über 500 Euro] (DER TAGESSPIEGEL)  
URL: [http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik\\_skandaloes\\_24.html#TASP\\_4](http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_24.html#TASP_4)
- [21] [25.11.2008: OECD sieht Deutschland 2009 tief in der Rezession] (YAHOO-NEWS)  
URL: [http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik\\_skandaloes\\_24.html#](http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_24.html#)
- [22] [26.11.2008: EU will Mehrwertsteuer drücken] (taz)  
URL: [http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik\\_skandaloes\\_24.html#TAZ\\_1](http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_24.html#TAZ_1)
- [23] [26.11.2008: Diener vieler Herren] (DER TAGESSPIEGEL)  
URL: [http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik\\_skandaloes\\_25.html#TASP\\_1](http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_25.html#TASP_1)

- [24] [27.11.2008: CO<sub>2</sub>-Zertifikate – Die neue Blase] (DER TAGESSPIEGEL)  
URL: [http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik\\_skandaloes\\_25.html#TASP\\_2](http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_25.html#TASP_2)
- [25] [27.11.2008: Schäuble fordert radikale CDU-Wende in der Wirtschaftspolitik] (DOW JONES)  
URL: [http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik\\_skandaloes\\_25.html#DJ\\_1](http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_25.html#DJ_1)
- [26] [28.11.2008: Hilfen für die BayernLB] (SPIEGEL ONLINE)  
URL: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,593342,00.html>
- [27] [30.11.2008: Aufruhrstimmung in Island] (YAHOO-NEWS)  
URL: [http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik\\_skandaloes\\_25.html#](http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_25.html#)
- [28] [30.11.2008: Interview mit Ökonom Dennis Snower] (SPIEGEL ONLINE)  
URL: [http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik\\_skandaloes\\_25.html#SP\\_1](http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_25.html#SP_1)
- [29] [1930–1932: Heinrich Brüning] (WIKIPEDIA — Die freie Enzyklopädie)  
URL: [http://de.wikipedia.org/wiki/Heinrich\\_Br%C3%BCning](http://de.wikipedia.org/wiki/Heinrich_Br%C3%BCning)  
URL: [http://de.wikipedia.org/wiki/Kabinett\\_Br%C3%BCning\\_II](http://de.wikipedia.org/wiki/Kabinett_Br%C3%BCning_II)
- [30] [01.12.2008: Interview mit Verdi-Chef Frank Bsirske] (DER TAGESSPIEGEL)  
URL: [http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik\\_skandaloes\\_25.html#TASP\\_4](http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_25.html#TASP_4)
- [31] [01.12.2008: Dossier Goldman malt Schwarz] (FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND)  
URL: [http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik\\_skandaloes\\_25.html#FTD\\_1](http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_25.html#FTD_1)
- [32] [03.12.2008: Straftat Geldverbrennung – Die Justiz und die Finanzkrise] (SÜDDEUTSCHE ZEITUNG)  
URL: <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/258/449981/text/> (s. auch Seite 16) *oder*  
URL: [http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik\\_skandaloes\\_26.html#SZ\\_1](http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_26.html#SZ_1)
- [33] [03.12.2008: Was der Wirtschaft wirklich hilft – und was nicht] (SPIEGEL ONLINE)  
URL: [http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik\\_skandaloes\\_26.html#SP\\_1](http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_26.html#SP_1)
- [34] [04.12.2008: Kommentar zum Zögern in der Weltwirtschaftskrise] (DER TAGESSPIEGEL)  
URL: [http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik\\_skandaloes\\_26.html#TASP\\_1](http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_26.html#TASP_1)
- [35] [17.10.2008: Finanzmarkt-Stabilisierungsgesetz] (BUNDESGESETZBLATT)  
URL: [http://www.khd-research.net/Docs/FMStG-2008\\_\\_bgb108s1982.pdf](http://www.khd-research.net/Docs/FMStG-2008__bgb108s1982.pdf)
- [36] [05.12.2008: Bush says US "is in recession"] (AL JAZEERA)  
URL: [http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik\\_skandaloes\\_26.html#AlJaz\\_1](http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_26.html#AlJaz_1)
- [37] [07.12.2008: John Maynard Keynes feiert das Comeback des Jahres] (DER TAGESSPIEGEL)  
URL: [http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik\\_skandaloes\\_26.html#TASP\\_2](http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_26.html#TASP_2)
- [38] [08.12.2008: Interview mit dem Wirtschaftswissenschaftler Flassbeck] (TAZ)  
URL: [http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik\\_skandaloes\\_26.html#TAZ\\_1](http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_26.html#TAZ_1)
- [39] [08.12.2008: Banken brauchen Nachhilfe] (DER TAGESSPIEGEL)  
URL: [http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik\\_skandaloes\\_27.html#TASP\\_1](http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_27.html#TASP_1)
- [40] [09.12.2008: Millionen Berufstätige bekommen alte Pendlerpauschale zurück] (SPIEGEL ONLINE)  
URL: [http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik\\_skandaloes\\_27.html#SP\\_1](http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_27.html#SP_1)
- [41] [09.12.2008: Ohrfeige aus Karlsruhe] (NEUE OSNABRÜCKER ZEITUNG)  
URL: [http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik\\_skandaloes\\_27.html#OTS\\_2](http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_27.html#OTS_2)
- [42] [10.12.2008: Cerberus rückt bei Chrysler-Rettung stärker ins Rampenlicht] (FAZ)  
URL: <http://www.faz.net/d/invest/meldung.aspx?id=91567624>
- [43] [11.12.2008: Große Töne großer Zocker] (DER TAGESSPIEGEL)  
URL: [http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik\\_skandaloes\\_27.html#TASP\\_2](http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_27.html#TASP_2)
- [44] [11.12.2008: Finanzkrise: Welch eine traurige Debatte!] (DIE ZEIT)  
URL: [http://www.khd-research.net/Heimat/D/Deutsche\\_Wirtschaft\\_02.html#ZEIT\\_1](http://www.khd-research.net/Heimat/D/Deutsche_Wirtschaft_02.html#ZEIT_1)
- [45] [11.12.2008: Krisenabwehr – IG Metall verlangt Zwangsanleihe bei Reichen] (SPIEGEL ONLINE)  
URL: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,595888,00.html>
- [46] [11.12.2008: Merkel entpuppt sich als Klima-Fossil] (SPIEGEL ONLINE)  
URL: [http://www.khd-research.net/Sci/Nat/K/Klima\\_14.html#SP\\_5](http://www.khd-research.net/Sci/Nat/K/Klima_14.html#SP_5)
- [47] [12.12.2008: Nobelpreisträger wirft Steinbrück "Starköpfigkeit" vor] (YAHOO-NEWS)  
URL: <http://de.news.yahoo.com/2/20081211/tde-nobelpreistraeger-wirft-steinbrueck-a4484c6.html>

- [48] [12.12.2008: Klimaberater Schellnhuber befürchtet „Stillstand“] (FOCUS-NEWS)  
URL: [http://www.khd-research.net/Sci/Nat/K/Klima\\_14.html](http://www.khd-research.net/Sci/Nat/K/Klima_14.html)
- [49] [13.12.2008: VW-Winterkorn befürchtet drastischen Einbruch der Autoindustrie] (SPIEGEL ONLINE)  
URL: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,596323,00.html>
- [50] [13.12.2008: Die Linke in der Krise] (DER TAGESSPIEGEL)  
URL: [http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik\\_skandaloes\\_28.html#TASP\\_1](http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_28.html#TASP_1)
- [51] [15.12.2008: Justiz: Auf Großwildjagd] (DER TAGESSPIEGEL)  
URL: [http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik\\_skandaloes\\_28.html#TASP\\_2](http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_28.html#TASP_2)
- [52] [16.12.2008: Harvard verliert gigantische Vermögenswerte] (SPIEGEL ONLINE)  
URL: <http://www.spiegel.de/unispiegel/studium/0,1518,596739,00.html>
- [53] [22.12.2008: Diese Banker unterschätzten die Finanzkrise] (WELT ONLINE)  
URL: <http://www.welt.de/wirtschaft/article2920005/Diese-Banker-unterschaetzten-die-Finanzkrise.html>
- [54] [17.11.2008: Der Bankraub] (DER SPIEGEL – 47/2008, Seite 44–80)  
Diese Titel-Story zur Rekonstruktion des Kapital-Verbrechens – begangen von Bankern, geduldet von Politikern – wurde im Dezember 2009 im Rahmen der Verleihung des „Deutschen Reporterpreises 2009“ als „Bester Text des Jahres“ ausgezeichnet.  
URL: <http://www.spiegel.de/archiv/> (Archiv-Suche)

**Quellen-Angaben:** Bei jedem Eintrag sind hinter dem Datum in (...) abgekürzt die Quellen angegeben. Im Internet gibt es dazu ein Verzeichnis der Bedeutung dieser Abkürzungen. Außerdem sind dort auch Links zu den Agenturen bzw. Medien angebracht, so daß mit deren Suchmaschinen eine bestimmte Meldung (hoffentlich) gefunden werden kann. Dieses Verzeichnis ist zu finden unter folgendem Pfad (URL): [http://www.khd-research.net/Abk/News\\_Quellen.html](http://www.khd-research.net/Abk/News_Quellen.html)

Das Hauptportal des „khd-research.net“ ist im Internet erreichbar unter der Adresse: <http://www.khd-research.net/>.

Erscheinungsorte sind San José (USA) oder Toronto (Canada). Herausgeber der Publikationen ist: Dipl.-Ing. K.-H. Dittberner, Berlin. Es gilt der Disclaimer.

Der hier im PDF-Format präsentierte Haupt-Artikel (Kommentar) wurde erstmals in Nr. 599 der Ausgabe der »khd-Page« vom 9. November 2008 veröffentlicht. Alle im Text unterstrichenen Begriffe sind im Original (im Internet) mit Links (Verweisen) versehen, die zu weiterführenden Informationen im Weltwissensnetz führen.

Die Artikel-Archivierung ist unter folgendem Pfad (URL) erfolgt: <http://www.khd-research.net/Welcome/News18.html#3> (dann immer den „weiter“ folgen).

\* Dieses Krisen-Tagebuch wurde seit dem 10. November 2008 über mehrere Seiten der Dokumentationen „Politik skandalös“ verteilt im Internet publiziert. Start-URL siehe nebenan. Natürlich konnten nur die als besonders wichtig angesehenen Ereignisse notiert werden.